

Otto Dann

## Eine Sternstunde des Bundestages

Gustav Heinemanns Rede am 23. Januar 1958



Reihe  
**Gesprächskreis  
Geschichte**  
Heft 81

A 08 - 02451

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**



Gesprächskreis Geschichte

---

Heft 81

Otto Dann

**Eine Sternstunde des Bundestages  
Gustav Heinemanns Rede  
am 23. Januar 1958**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Michael Schneider  
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

Tel. 0228-883473

E-mail: [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de)

<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2008 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Titelfoto: dpa/picture-alliance, Frankfurt/Main

Foto: Der Spiegel, Hamburg

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: bub - Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2008

ISBN 978-3-89892-931-8

ISSN 0941-6862

---

**Inhalt**

Die Bundestags-Debatte vom 23. Januar 1958 .....	5
Gustav Heinemanns Rede .....	8
Resonanzen und Reaktionen .....	13
Gustav Heinemann und Thomas Dehler .....	20
Der Weg in die SPD .....	28
Gustav Heinemann in der SPD.....	33
Die Kampagne „Kampf dem Atomtod!“ .....	37
Deutschlandpläne .....	43
Ausblick: Godesberg .....	48
Anhang .....	53



Wer erinnert sich heute noch an Gustav Heinemann, den dritten Präsidenten der Bundesrepublik? Für ein fundiertes Verständnis der deutschen Zeitgeschichte ist dieser Präsident jedoch unerlässlich. Seine Amtszeit, 1969 bis 1974, war das Scharnier zwischen den beiden so verschiedenen Epochen der westdeutschen Republik. Und in besonderer Weise verdeutlicht auch das politische Schicksal Gustav Heinemanns den großen Umbruch in der Geschichte der Bundesrepublik. Heinemann gehörte zu den Gründern der CDU im Rheinland, und er wurde schließlich der erste Bundespräsident aus den Reihen der Sozialdemokratie. Im Jahre 1958, vor genau 50 Jahren, wurde jene Zäsur in einer denkwürdigen Sitzung des Bonner Bundestages erstmals sichtbar.

Die Bundestags-Debatte vom 23. Januar 1958

Es war der dritte Bundestag, der sich am 23. Januar 1958 zu seiner neunten Sitzung versammelte. Er war hervorgegangen aus der Bundestagswahl am 15. September 1957, in der Bundeskanzler Konrad Adenauer seinen größten Wahlsieg errungen hatte und ohne Koalitionspartner weiter regieren konnte. Neben der SPD gehörte nun auch die FDP von Anfang an zur Opposition und nahm diese Rolle engagiert an. In das Parlament waren zahlreiche neue Abgeordnete eingerückt, die bald von sich reden machten, unter ihnen der 58-jährige Gustav Heinemann aus Essen.<sup>1</sup>

Gustav Heinemann kannte den Bundestag von der Regierungsbank her: Er war erster Innenminister der Bundesrepublik. Be-

---

<sup>1</sup> Zur biografischen Information: Hermann Vinke, Gustav Heinemann, Hamburg 1979, Bornheim 1986; Gustav Heinemann. Christ und Politiker, hg. von Jörg Thierfelder und Matthias Riemenschneider, Karlsruhe 1999. Zur Literatur über Heinemann: Diether Koch, Gustav Heinemann, in: Bautz, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 17, Herzberg 2000, S. 620-631.

reits im Herbst 1950 jedoch hatte er aus Protest gegen Adenauers Projekt einer westdeutschen Wiederaufrüstung die Regierung verlassen. Er war indes bundespolitisch aktiv geblieben und hatte zur Bundestagswahl von 1953 der Politik Adenauers eine organisierte Alternative gegenübergestellt: die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Dieser blieb der Wahlerfolg jedoch versagt, und so trat Heinemann schließlich mit zahlreichen Anhängern im Mai 1957, nachdem man die GVP aufgelöst hatte, der SPD bei. Nicht nur im Bundestag also, auch innerhalb der SPD befand sich Heinemann in einem politischen Neuanfang.

Anlass jener neunten Sitzung des Bundestages war eine Große Anfrage der FDP-Fraktion zur Außen- und Deutschlandpolitik. Die Regierung war dadurch frühzeitig über die anstehenden Themen im Bilde, und so wandte sich eine Woche vor der Debatte der Bundeskanzler selbst per Rundfunk an die Bevölkerung, um sie über seine Einschätzung der Situation vorweg ins Bild zu setzen.<sup>2</sup> Die Führung der Sowjetunion, beflügelt von ihrem Aufsehen erregenden Erfolg mit dem „Sputnik“, der ersten Weltraumrakete, bedrängte die westliche Welt mit dem Vorschlag einer internationalen Abrüstungskonferenz. Adenauer bezog sich auf Briefe des Ministerpräsidenten Bulganin und bezeichnete sie als „ein groß angelegtes Störmanöver und einen Propagandafeldzug“, und zu dem Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, den der polnische Außenminister Rapacki in der UN-Vollversammlung vorgelegt hatte, bemerkte er: die Schaffung „einer so genannten atomfreien(!) Zone ... würde das Ende der NATO und damit das Ende unserer Freiheit bedeuten.“ In der deutschen Frage ging Bulganin von der Existenz zweier deutscher Staaten aus und machte den Vorschlag von deren Konföderation. Das sei, so Adenauer, „für das deutsche Volk eine außerordentlich tiefe Enttäuschung“, denn es bedeute die „Ablehnung einer Wiedervereinigung und für die Sowjetzone

---

<sup>2</sup> Zum Folgenden: Dokumente zur Deutschlandpolitik III,4. 1. Januar bis 9. November 1958, Frankfurt am Main, Berlin 1969 (in Zukunft: Dokumente III,4) S. 145-149.

die Fortdauer von Terror und Kirchenverfolgung“, die er dramatisch zu schildern wusste. Dieser durchweg negativen Beurteilung der Politik des sowjetischen Machtbereichs stellte Adenauer jüngste Erfolge seiner Westpolitik gegenüber: den Start von EWG und EURATOM mit dem Beginn des Jahres 1958 sowie das Erlebnis seiner Ehrenpromotion an der Katholischen Universität Löwen. Schließlich war es ihm ein Anliegen, vor einer „Vernachlässigung des Selbstschutzes“ zu warnen; er bezog sich auf das Projekt einer Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomraketen, das die Bundesregierung seit einem Jahr unablässig verfolgte und das die Öffentlichkeit zunehmend beunruhigte.

Adenauers außenpolitisches Szenarium war geprägt vom Schwarz-Weiß-Denken des Kalten Krieges, von einer Frontstellung also, die es permanent zu verteidigen galt. Das tat Adenauer, indem er versuchte, bereits im Vorfeld der Bundestagsdebatte auf die politische Meinungsbildung Einfluss zu nehmen; denn er konnte davon ausgehen, dass die Parlamentsdebatte von vielen am Radio verfolgt wurde.

Auch die ungewöhnliche Platzierung einer Regierungserklärung des Außenministers an den Beginn der Debatte gehörte zu dieser Strategie. Erst danach konnte die Große Anfrage durch den Vorsitzenden der FDP-Fraktion Dr. Erich Mende begründet werden, und dieser begann mit einem Protest gegen die „Aushöhlung des Initiativ- und Interpellationsrechts einer Bundestagsfraktion“. Er bezeichnete auch die Rundfunkrede des Kanzlers als „eine Missachtung des Parlaments“ und ging dann dazu über, die Fragen der FDP detailliert zu begründen und politisch zuzuspitzen. Damit war der Debatte ein hohes argumentatives Niveau vorgegeben, vor allem aber eine kritische Akzentuierung gegenüber der Politik der Bundesregierung, getragen von alternativen Vorstellungen zur Deutschlandpolitik. Es folgten im Verlauf des Tages acht große Reden von parlamentarisch bewährten Parteisprechern. Am Nachmittag meldete sich auch der Bundeskanzler zu Wort und stellte unter Beweis, dass er sich mit Souveränität, taktischem Geschick, Schlagfertigkeit und

Humor, aber auch Geduld gegenüber Interventionen, in diesem Hause zur Geltung bringen konnte und es geradezu beherrschte.<sup>3</sup>

Bereits zu vorgerückter Stunde war Thomas Dehler an der Reihe. Im ersten Kabinett Adenauer Justizminister, war er seit 1953 als FDP-Fraktionsvorsitzender zunehmend zu einem Gegner der Deutschlandpolitik Adenauers geworden. Im Dritten Bundestag ohne politische Führungsämter sah Dehler nun die Chance, mit Adenauer und seiner Deutschlandpolitik abzurechnen, und Adenauer reagierte auf seine Weise, wie ein Reporter berichtet: „Als Dehler zur Rednertribüne hinaufstieg, kletterte der schon zwölf Stunden unablässig der Debatte folgende Bundeskanzler von seinem Platz auf der erhöhten Regierungsbank herunter, um direkt vor Dehler seinen Abgeordnetensitz neben Krone und Schröder einzunehmen. Wirkte er wie ein rotes Tuch auf Dehler? Der steigerte sich immer mehr in Leidenschaftlichkeit hinein“.<sup>4</sup> Dehler ging im zweiten Teil seiner langen Rede in der Tat über zu einer politischen und moralischen Bloßstellung Adenauers als Politiker, der immer wieder Möglichkeiten einer Wiedervereinigung vereitelt und verhindert habe. Damit war der Bundeskanzler selbst zum Gegenstand dieser Debatte geworden – und der Bundestag zu einem Hexenkessel.

#### Gustav Heinemanns Rede

In dieser Situation – die Uhr war über Mitternacht vorgerückt – wurde Gustav Heinemann als Redner aufgerufen. Die Situation im nächtlichen Plenarsaal beschrieb ein Reporter als „ein besonderes Erlebnis: Dehler verwandelte das Parlament in einen Hexenkessel mit Pfui-Rufen und Pultgeklapper – Heinemann in einen stillen Saal, in dem man eine Stecknadel hätte zu Boden fallen hören ... Der Kanzler saß auf seinem Platz in der ersten Bankreihe, nur wenige Meter von seinen Anklägern entfernt.

---

<sup>3</sup> Vgl. Dokumente III,4, S. 338-347.

<sup>4</sup> „Die Welt“ 25.1.1958. – Zur Rede Dehlers vgl. Dokumente III,4, S. 374-397, sowie zur Person unten S. 21 und Anm. 24.

---

Das fahle Neonlicht im Saal ließ ihn noch bleicher als sonst erscheinen. Er rührte sich nicht.“<sup>5</sup>

Gustav Heinemann sprach den Kanzler zunächst nur indirekt an, indem er an den gemeinsamen Weg in der CDU erinnerte wie auch an die Konflikte, die im Jahre 1950 zur Trennung geführt hatten. Dann ging er an eine Überprüfung des seitdem zurückgelegten politischen Weges der Bundesregierung und führte – an die „früheren Freunde aus der CDU“ gewandt – den Nachweis, dass zweimal eine Chance bestanden habe, „lediglich über die Sicherheitsfragen zu einer Wiedervereinigung zu kommen“.<sup>6</sup> Heinemann bezeichnete es als „die historische Schuld der CDU“, dass die sowjetischen Angebote zu Verhandlungen über eine Lösung der Deutschlandfrage ausgeschlagen worden waren. Im Resultat habe dies dazu geführt, „dass die Politik der eingebildeten Stärke das Spiel der Sowjetunion gespielt hat“, denn deren Stärke sei seitdem erheblich gewachsen.

Heinemann wechselte dann über zu den aktuellen Problemen der Ost- und Deutschlandpolitik und wies seine „verehrten Freunde von der CDU“ darauf hin, dass man bei ihnen noch immer „unter dem Schild und der Parole einer christlichen Front aufmarschiert“. Thesenartig setzte er dagegen, dass es hier gar nicht um „Christentum gegen Marxismus“ gehe, und auf eine Nachfrage hin erläuterte er: „Es geht um die Erkenntnis, dass Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle.“

Die Aufregung, die dieser schon bald klassische Satz auslöste, veranlasste Gustav Heinemann, genauer auf die Aufgaben in der Ostpolitik einzugehen. Nachdem Bundeskanzler Adenauer „mit dem westlichen Ausgleich neue Ostfeindschaft verbunden habe“, komme es jetzt darauf an, „das harte Nein zum totalitären

---

<sup>5</sup> Bericht von Günter Müggenburg (WAZ, 25.1.1958). Vgl. zum Verhalten Adenauers auch unten S. 24.

<sup>6</sup> Heinemanns Rede (nach dem Protokoll des Deutschen Bundestages) im Anhang S. 54-59, hier S. 56 (A), dort auch das Folgende.

System zu verbinden mit dem Ja zur Nachbarschaft der totalitär regierten Ostvölker.“

Gustav Heinemann sah jedoch Konrad Adenauer, der sich auf eine Politik der Stärke festgelegt hatte, dieser „Doppelaufgabe“ nicht gewachsen, und er beendete seine Argumentation mit einer an den Bundeskanzler persönlich gerichteten Frage: „ob Sie nicht nachgerade zurücktreten wollen.“ Damit wurde zum ersten Mal – bereits vier Monate nach dem grandiosen Wahlsieg Adenauers – sein Rücktritt im Bundestag zum Thema gemacht.

Die große Unruhe im Plenum nach dieser Frage veranlasste Heinemann, sich noch einmal persönlich an Adenauer zu wenden, der ihm direkt gegenüber saß: Er könne verstehen, dass er seinen einmal eingeschlagenen Weg weitergehen wolle, doch „eine ruhige Überlegung und Prüfung der gesamten Gegebenheiten“ sollten dazu veranlassen, „den Weg frei zu geben für andere Kräfte, die ... glaubwürdig das entwickeln, was geboten ist.“

Nach diesem persönlichen Appell an den Bundeskanzler wandte sich Gustav Heinemann noch einmal „an die früheren Freunde der CDU“, um ihnen das Problem nahe zu bringen, das unmittelbar zur Entscheidung anstand: die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik, auch für die Bundeswehr. Heinemann war überzeugt von der „Notwendigkeit eines gründlichen Umdenkens“.<sup>7</sup> Atomwaffen nämlich seien nicht mehr als Waffen zu bezeichnen, sie seien Massenvernichtungsmittel. Zur militärischen Verteidigung daher untauglich seien sie auch politisch ganz anders zu behandeln. Mit einer Fülle von Dokumenten verwies Heinemann auf die Protestbewegung, die sich seit der Göttinger Erklärung vom April 1957 allein innerhalb des

---

<sup>7</sup> Im Anhang, S. 57 (C), dort auch das Folgende. Vgl. den Überblick über die für ein Verständnis Heinemanns relevanten Ereignisse bei Uwe Schütz, Gustav Heinemann und das Problem des Friedens im Nachkriegsdeutschland, Münster 1993, S. 190-204.

deutschen Protestantismus verbreitet hatte.<sup>8</sup> Er brachte damit ethische Argumente ins Spiel, um neues politisches Interesse zu mobilisieren. Noch immer an die CDU-Abgeordneten gewandt, bekannte sich Heinemann zum Schluss seiner Rede als aktives Mitglied jener Opposition und kündigte an: „Sie werden uns unablässig am Werke finden, hier die Initiative, auch die Phantasie anzuregen und zu beflügeln, damit wir über den toten Punkt hinwegkommen.“

Mit dieser Rede war Gustav Heinemann als Akteur auf die Ebene bundesdeutscher Politik zurückgekehrt, die er im Jahre 1950 verlassen, seitdem aber nie aus den Augen gelassen hatte. Es fällt auf, dass Heinemann sich hier nicht als Sozialdemokrat präsentierte, sondern als ein christlicher Politiker, der einmal zur CDU gehört hatte. Heinemann bekannte sich also zu seiner persönlichen Vergangenheit, die ihm in der politischen Auseinandersetzung der 1950er Jahre immer wieder angelastet worden war. Seine Rede war durchzogen von Anknüpfungen und Anreden an die, mit denen er eine gemeinsame Geschichte hatte. Dieses Persönliche, Unverstellte machte den besonderen Charakter seiner Rede aus, und darauf – nicht auf rhetorischer Brillanz oder neuartigen Ideen – beruhte ihre große Wirkung.<sup>9</sup>

Gustav Heinemann bezog sich auf die gemeinsam erlebte Deutschlandpolitik der Adenauer-Regierung und fragte nach deren Resultaten. Er wies den Evangelischen Arbeitskreis der CDU darauf hin, dass es im Jahre 1952 in seinen Reihen auch andere politische Ansätze gegeben habe, und er erinnerte den aus der SBZ stammenden Johann Baptist Gradl daran, wie Konrad Adenauer sich bei gesamtdeutschen Aktionen schon damals nicht solidarisch verhalten habe.

---

<sup>8</sup> Heinemann verwies (vgl. im Anhang S. 59 (A) speziell auf den Theologen Helmut Gollwitzer. Dessen im Jahre 1957 erschienene Schrift „Die Christen und die Atomwaffen“ lieferte in einer umsichtigen und scharfsichtigen Argumentation auch für Heinemann die wichtigsten Begründungen für eine christlich fundierte Infragestellung der Atombewaffnung.

<sup>9</sup> Vgl. als Beispiel den Kommentar von Hanns Lilje, unten S. 60 f.

Sodann hatte Heinemann ein noch immer aktuelles Problem der CDU-Politik aufgegriffen: ihre Legitimierung als christliche Politik, vor allem gegenüber dem Marxismus im Osten. Die Verbindung des Christentums mit einer einzigen Partei aber stellte Heinemann grundsätzlich in Frage, und er sah bei einem Verzicht darauf die bundesdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik vor neuen Möglichkeiten.

Auch Heinemanns Appell an den Bundeskanzler, seinen Rücktritt zu erwägen, ist als eine Form der Anknüpfung zu verstehen und nicht – wie oft zu lesen ist – als eine persönliche Abrechnung. Gustav Heinemann war eine Generation jünger als Konrad Adenauer, aber selbst bereits Großvater, und im Bundestag saß schon eine nächste Generation, die politisch wirken wollte. Diese Gleichzeitigkeit von drei konkurrierenden Generationen prägte in den folgenden Jahren die bundesdeutsche Politik, und deren wiederkehrendes Problem war die Person des eigenmächtigen Bundeskanzlers. Gustav Heinemann hat dieses Problem als einer der Ersten öffentlich benannt.<sup>10</sup> Wäre der Bundeskanzler damals – im Alter von 82 Jahren auf dem Höhepunkt seines Erfolges – dem Rat Heinemanns gefolgt, wären nicht nur ihm viele spätere Konflikte erspart geblieben.

---

<sup>10</sup> Die öffentliche Personaldiskussion um die Spitzenämter der Republik, die sich zunächst auf das Amt des Präsidenten, die Nachfolge von Theodor Heuß, bezog, verdichtete sich bereits im Sommer 1958. Zu Beginn des Jahres 1959 brach sie dann offen aus und betraf nun auch die Zukunft Konrad Adenauers. Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 502 ff.

---

## Resonanzen und Reaktionen

### Im Bundestag

Erst durch die Reaktionen und die Folgen, die sie auslöste, ist Heinemanns Rede vom 23. Januar berühmt und denkwürdig geworden. Im Rahmen jener Bundestagsdebatte war sie die letzte der großen Ansprachen. Nach der ausufernden und aggressiven Rede Dehlers sprach Heinemann „gebändig und sachlich, in der Argumentation aber ebenso entschieden wie Dehler“ sowie „mit bewusst ruhiger, manchmal sogar leiser Stimme, die von kaltem Zorn getragen schien ... Der Saal war so ruhig, dass man manchmal glaubte, die Atemzüge hören zu können.“<sup>11</sup> Auch Gustav Heinemann wurde häufig von Beifall und Kritik unterbrochen<sup>12</sup>, doch es gab keinen Tumult, und am Ende herrschte innerhalb der Regierungsparteien große Betroffenheit. Heinrich Krone, der CDU-Fraktionsvorsitzende, machte zu Heinemanns Rede drei kurze Bemerkungen und betonte den Unterschied zwischen dessen und Dehlers Rede.<sup>13</sup> Eine beginnende Auseinandersetzung über Heinemanns christliche Argumentation blockte Bundestagspräsident Gerstenmaier autoritär ab.<sup>14</sup>

Bemerkenswert anders argumentierte der jüngere CSU-Abgeordnete Hermann Höcherl aus Bayern. Er stellte der gesamtdeutschen Orientierung, die bisher vorherrschte, eine westdeutsche gegenüber: „Der Ausgangspunkt für jede Überlegung jedes verantwortlichen Deutschen muss sein: zunächst einmal die Sicherheit in Freiheit für unsere 50 Millionen Menschen.“<sup>15</sup> Damit wurde selbstbewusst eine neue Priorität für die Bonner Politik beansprucht: wichtiger als die 70 Millionen des deutschen Volkes seien die 50 Millionen in Westdeutschland, und

---

<sup>11</sup> Berichte der FAZ und von „Die Welt“ vom 25.1.1958.

<sup>12</sup> Das Protokoll vermerkt 32 solcher Äußerungen.

<sup>13</sup> Dokumente III,4, S.410.

<sup>14</sup> „Machen Sie diesem grausamen Spiel ein Ende! Lassen Sie die Theologie draußen!“ ebd., S. 423.

<sup>15</sup> Ebd., S. 416.

der „verantwortliche Deutsche“, an den Höcherl appellierte, konnte nur ein Westdeutscher sein: der Begriff des Deutschen verengte sich!

Gegen Ende der Sitzung zog der Hamburger SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt ein bündiges Resümee: „Jedermann, der den Ausführungen Dr. Dehlers und Dr. Heinemanns zugehört ... und Ihre Erwiderungen angehört hat, jedermann im deutschen Volk, der Ohren hat zu hören, muss nach dem heutigen Tage wissen, was hier in Bonn gespielt wird.“<sup>16</sup>

#### Adenauers Replik

In den Tagen danach war, vor allem in der Presse, das Urteil verbreitet, die Adenauer-Regierung habe erstmals eine empfindliche Schlappe erlitten. Um dem entgegen zu wirken, wurde für den 29. Januar eine Rundfunkansprache des Bundeskanzlers angesetzt. Hier erklärte Adenauer vor dem Radio-Publikum in West und Ost: „Der Gedanke daran, was die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone, die das schwere Los der Unfreiheit zu tragen haben, denken, wenn Vertreter der SPD und der FDP behaupten, der Bundeskanzler sowie die Mehrheit des Bundestages erstrebten nicht mit aller Kraft und mit heißem Herzen die Wiederherstellung der Freiheit aller Deutschen, erfüllt mich mit Schmerz und Sorge. Aus rein parteipolitischen Erwägungen ... haben die Abgeordneten Dehler und Heinemann sich nicht geschämt, eine Frage, die eine Herzensangelegenheit aller Deutschen ist, in maßloser Leidenschaft zu zügellosen Angriffen zu missbrauchen.“<sup>17</sup> Die in ihrer Form so verschiedenen Reden von Dehler und Heinemann werden von Adenauer zusammengefasst und als maßlos und zügellos bezeichnet – eine Taktik, durch die Heinemanns Rede ungerechtfertigt ins Abseits gestellt wurde. Adenauer war offensichtlich daran interessiert,

---

<sup>16</sup> Ebd., S. 413.

<sup>17</sup> Ebd., S. 445 und im Anhang S. 60.

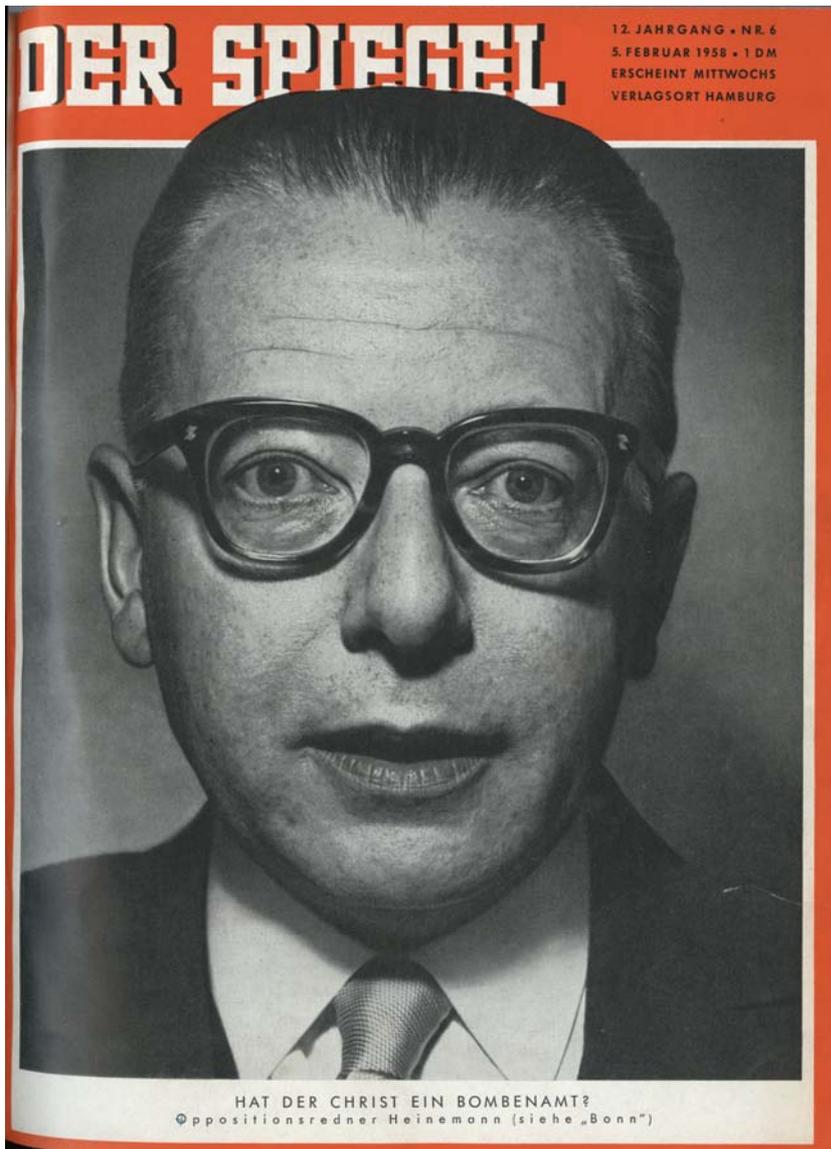
seine bekanntesten Kritiker zu verkoppeln.<sup>18</sup> Hoffte er, sich dadurch einer Auseinandersetzung mit den Argumenten Heinemanns entziehen zu können? Er ging in seiner Ansprache ausschließlich auf die von Dehler angesprochenen Fragen ein und erwähnte Heinemann nicht mehr.

#### Das Echo in der Presse

Es war vor allem die Presse, die Heinemanns Rede zu einem öffentlichen Event machte. Am 24. Januar war in der FAZ lediglich von einer langweiligen *Debatte ohne Ende* die Rede, die bei Redaktionsschluss noch andauerte. Erst am 25., als man den Überblick hatte, titelte man: *Stürmisches Ende der Bundestagsdebatte. Heinemann fordert Adenauer zum Rücktritt auf und Windstärke 12 im Bundestag*. Ähnlich in anderen Organen: *Der Sturm begann vor Mitternacht, Die Regierung hat eine Parlamentsschlacht verloren* („Die Welt“), *Aufstand der Wahrheit* („Der Telegraph“), und noch am 8. Februar das Wochenblatt „Neue Illustrierte“: *Sturmnacht im deutschen Bundestag: Der Aufstand gegen Adenauer*. Unter dessen Photo heißt es: „Beschwörend, tragisch-einsam: Adenauer!“ Auch dessen Nachkarten über den Rundfunk wurde zumeist kritisch kommentiert.<sup>19</sup> „Die Zeit“ hingegen befürchtete einen politischen Umbruch: „Diese Vorgänge drohen all das zu verschütten, was vorher an politischer Substanz erarbeitet worden war“, und eine Woche später zu einer Rede des Bundestagspräsidenten: „Gerstenmaier

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch den Reporter-Bericht oben S. 8 f., sowie unten S. 24.

<sup>19</sup> „Hier ist etwas geschehen, was es bisher noch nicht gegeben hat: eine Aussprache in der Volksvertretung wird nicht im Bundestag abgeschlossen, sondern außerhalb des Parlaments. Das bedeutet, das Ansehen des Parlaments wird erschüttert.“ So Paul Sethe am 1. Februar in „Die Welt“. Auch die Sprecher der Opposition, Ollenhauer und Mende, die gleichfalls eine Sendezeit gefordert hatten, stellten diesen Punkt heraus und verwiesen auf zahlreiche Presse-Kommentare. Vgl. Dokumente III, 4, S. 471 ff. und 498 f.



scheint zu befürchten, dass so etwas wie eine zweite, eine politische Reformation heraufdämmern könnte. Eine neue Spaltung, die uns eine katholische CDU und eine protestantische SPD bescheren würde. Fürchtet Gerstenmaier dies, dann sollte seine Furcht unser aller Furcht sein“.<sup>20</sup>

Die sicher größte Beachtung erreichte „Der Spiegel“, der am 5. Februar das politische Comeback Gustav Heinemanns zum Gegenstand einer Titelgeschichte machte. Sie wurde mit einem Porträt Heinemanns auf dem Titelblatt wirkungsvoll angekündigt.<sup>21</sup> Der zehn Seiten umfassende, auf jeder Seite auch bebilderte Bericht stieg ein auf dem Höhepunkt der Bundestagsdebatte mit der Dehler-Rede, kam dann auf Heinemann und formulierte dessen zentrale Aussage: „Konrad Adenauer sei mit historischer Schuld belastet; er habe das halbe Deutschland in den Westen integriert und dadurch die andere Hälfte im Würgegriff des Ostens gelassen, ohne vorher den ernsthaften Versuch gemacht zu haben, die Einheit des Vaterlandes unter akzeptablen Bedingungen wiederherzustellen.“ Ausführlich wurden dann die Reaktionen auf die Sowjet-Noten von 1952 behandelt, nicht ohne kritischen Seitenblick auf deren entstellende Interpretation in Adenauers Rundfunkrede. Schließlich standen Heinemann und die Debatte des 23. Januar wieder im Zentrum. Heinemann habe „die Identifizierung der CDU-Politik mit dem Christlichen schlechthin“ in Frage gestellt und dadurch „eine völlig neue Lage“ geschaffen: „Das Monopol der CDU auf die theologische Begründung ihrer Politik war endgültig gebrochen.“ Zur Bekräftigung wird ein positiver Kommentar des lutherischen Bischofs Hanns Lilje wörtlich zitiert.<sup>22</sup> Es folgt eine Skizze der politi-

<sup>20</sup> „Die Zeit“ Nr. 5 und Nr. 6, 1958.

<sup>21</sup> Vgl. die Abb. auf S. 16. Man beachte die geschickte Bildregie: Ein aus dem Rahmen heraus nach vorn kommendes Gesicht mit geöffnetem Mund und weit offenen Augen, die durch die Brille zusätzlich fokussiert werden. Es vermittelt äußerste Präsenz und scheint dem Betrachter etwas sagen zu wollen. Zu der saloppen Bild-Unterschrift vgl. S. 59.

<sup>22</sup> Vgl. dessen Abdruck im Anhang S. 60 f.

schen Biografie Heinemanns und die Feststellung, „bei seiner Antrittsrede haben die Sozialdemokraten endlich erkannt, wie wertvoll der neue Genosse ist.“

### Reaktionen aus der Bevölkerung

Ehe Heinemann diese Bestätigungen seiner gelungenen Rückkehr in das Zentrum der Bundespolitik in den Händen hatte, waren bereits seit dem Morgen des 24. Januar persönliche Reaktionen aus der Bevölkerung in überwältigender Fülle bei ihm eingegangen. Über mehrere Wochen hinweg hielt dieser Postzustrom an; schon am 27. Januar schrieb Heinemann an den Theologen Karl Barth: „Die Flut der Post ist riesengroß. Es könnte sein, dass jetzt ein Durchbruch gelingt.“<sup>23</sup>

Viele Zuschriften äußerten sich in dieser Richtung: „Sie haben den Bann gebrochen. Ihre Rede war ein Fanal, das die Herzen der Menschen entflammt hat und dieses Feuer wird weiter brennen.“ (Karl B., Odenwald) „Sie haben eine entscheidende Entwicklung eingeleitet. Alle um die Zukunft Deutschlands besorgten Menschen atmen auf und schöpfen Hoffnung.“ (Hans T., Bremen) „Noch nie vorher war mir die belebende Kraft der Demokratie so sehr ins Bewusstsein gedrungen“ (Ilse G., Bonn). Heinemann hatte besonders durch politischen Mut und persönliche Glaubwürdigkeit überzeugt. „Sie haben nicht als Parteitaktiker gesprochen, sondern ein Bekenntnis abgelegt“ (Dr. H., München). „Ich schätze Ihre aufrechte Haltung und Sauberkeit. Alles das, was so viele von uns bewegt, das sprechen Sie mit einer solchen Klarheit aus, dass es mir zur Richtschnur wird. Ihre Rede war eine Wohltat.“ (Karl F., Obermenzing)

---

<sup>23</sup> Diese Briefe sind im Teil I des Heinemann-Nachlasses in mehreren Bänden archiviert und laden ein zu einer thematischen wie auch statistischen Auswertung in verschiedenen Richtungen. Hier sollen lediglich einige bemerkenswerte Äußerungen herausgezogen werden. Die folgenden Zitate stammen alle aus Briefen der ersten Woche nach der Debatte.

---

Zahlreiche Zuschriften kamen von Mitgliedern der ehemaligen Gesamtdeutschen Volkspartei: „In dieser Nacht ist das geschehen, worauf Sie mit uns allen mühsam hinarbeiteten: Sie sind im Bundestag zu Wort gekommen. Wir danken Ihnen sehr, dass Sie all die Jahre durchgestanden haben“ (Ernst D., Dettingen), sowie von Protestanten: „Endlich mal Worte eines führenden evangelischen Christen, der vor der breiten Öffentlichkeit den CDU-Heiligen ihr pseudo-christliches Getue demaskiert.“ (Dr. R., Stuttgart)

Nicht zu übersehen ist die Kritik am Bundeskanzler. „Dass Sie als einziger und erster Abgeordneter die schon längst fällige Frage nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers gestellt haben, möchte ich Ihnen ganz besonders danken.“ (Gertrud B., Neuß) „Dieser Mann Dr. Adenauer ist einer erschreckenden Unfähigkeit zu Partnerschaft und Demokratie angeklagt und überführt worden ... Wir, das deutsche Volk leidet unter der Selbstgerechtigkeit, dem Hochmut, der Arroganz dieses Mannes.“ (Martin R., Rottweil) „Ich habe gestern die Rede des Bundeskanzlers über den Rundfunk gehört. Es ist unglaublich, in welcher Weise der Regierungschef sich gegen Sie und ihre ausgezeichnete, sachliche Rede gewandt hat ... Ich war bisher kein Anhänger der von Ihnen vertretenen politischen Richtung, aber ich habe meine Meinung in diesen Tagen gründlich geändert. Jetzt erst recht: Adenauer muss abtreten!“ (Friedrich D., Calw)

Immer wieder erhielt Heinemann aber auch kritische Zuschriften: „Mir ist unverständlich, wie ein Vertreter der Kirche um jeden Preis Politik treiben muss und von einer Partei zur Gegenpartei gehen kann“ (Andreas St., Nürnberg), „Ich hatte bei Ihrer Rede das Gefühl, als wenn der Leibhaftige selber auftrat“ (Margarete E., Berlin). Konrad Adenauer wurde verteidigt, auch im Osten: „Der Herr Bundeskanzler ist für uns Zonenbewohner der Mann, an den wir glauben und der unsere Hoffnung ist.“ (Peter K., Görlitz)

Aus der DDR jedoch kamen weit überwiegend und in einer erstaunlichen Anzahl Sympathie-Briefe – naturgemäß aus christlichen Kreisen: „Haben Sie sehr herzlichen Dank für dieses klare, aufrichtige und die Situation klärende Wort. Wenn ich Ihnen dieses schreibe, so weiß ich mich eins mit vielen Menschen hier bei uns“ (Superintendent F., Dahme). Weitaus mehr Zuschriften aber kamen von nicht kirchlichen Absendern, die durchaus nicht immer den Eindruck machten, sie seien von „oben“ dazu animiert worden. So schrieb der „Friedensrat“ in Gera, es sei ihm „ein Bedürfnis, Ihnen im Kampf um eine aufrichtige Politik der Wiedervereinigung Deutschlands seine tiefe Verbundenheit zu bekunden und Ihnen für die unerschrockene Aufdeckung der geradezu deutschlandfeindlichen (!) Politik des Herrn Kanzler Adenauer ... zu danken“. Ähnlichen Zuspruch erhielt Heinemann von den Teilnehmern einer Tagung von Erziehern im Bezirk Karl-Marx-Stadt, von fünf Schülern der Leibniz-Oberschule in Leipzig, von den Lehrkräften und dem technischen Personal der August-Bebel-Schule in Wurgwitz bei Freital und nicht zuletzt von Einzelpersonen wie Fritz G.: „Ich habe an zwei Weltkriegen aktiv teilgenommen. Ich habe meine Heimatstadt Dresden 1948 wieder gesehen und kaum noch erkannt. Soll man als denkender Mensch aus solchen Dingen, die einem ans Herz griffen, nichts lernen? ... Aus Ihren Ausführungen vor dem Hohen Haus klang warm und deutlich die große Verantwortung heraus, die Sie vor der Nation und ihren Wählern empfinden ... Seien Sie überzeugt, dass Sie der Vielzahl verantwortungsbewusster deutscher Patrioten in West und Ost aus dem Herzen gesprochen haben.“

Gustav Heinemann und Thomas Dehler

Die Bundestagsdebatte des 23. Januar 1958 ist auch dadurch denkwürdig geworden, dass die beiden bekanntesten Adenauer-Kritiker der Bundespolitik hier zusammentrafen und der politischen Auseinandersetzung mit dem Bundeskanzler eine neue Zuspitzung gaben, die ins Grundsätzliche ging. Das veranlasst,

nach den biografischen und politischen Hintergründen, nach Gemeinsamkeiten und Besonderheiten zu fragen.<sup>24</sup>

Thomas Dehler – Jahrgang 1897, aufgewachsen in Lichtenfels und Bamberg – und Gustav Heinemann – Jahrgang 1899, aufgewachsen in Essen – gehörten in ihrer zeitgeschichtlichen Prägung beide zu den Jahrgängen, die ihre Schulzeit noch im wilhelminischen Reich absolviert hatten und an deren Ende als Kriegsfreiwillige vom nationalen Patriotismus des Ersten Weltkriegs und der Empörung über den Vertrag von Versailles voll erfasst wurden. Beide studierten dann Jura und erwarben mit 22 Jahren einen Dokortitel. Sie wurden schon als Studenten politisch aktiv, und zwar im demokratischen Lager der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Am Ende der Weimarer Republik waren sie beruflich und familiär in der bürgerlichen Elite etabliert. Sie wurden beide zu Gegnern des Nationalsozialismus, wenn auch aus verschiedenen Motiven.<sup>25</sup> So gehörten sie im Jahre 1945 zu der kleinen Zahl derer, die für politische Ämter gesucht und gefunden wurden. Als Mitbegründer ihrer Parteien – der FDP in Franken, der CDU im Rheinland – konnten sie inner-

<sup>24</sup> Es existiert bisher, so weit zu sehen, keine Literatur über das Nebeneinander der beiden Politiker in ihrem Jahrhundert. Auch in diesem Rahmen kann dazu nur eine Skizze vorgelegt werden.

Im Einzelnen ist für Thomas Dehler auf die biografische Literatur über ihn (zuletzt Udo Wengst, Thomas Dehler. Eine politische Biographie, München 1997) zu verweisen, auch auf die Dissertation von Friedrich Klingl, „Das ganze Deutschland soll es sein!“ – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987. Beide Arbeiten finden keinen Zugang zu Dehler. Für ein besseres Verständnis dieses liberalen fränkischen Vollblutpolitikers wäre sein berühmter „Geselle“ zu Hilfe zu nehmen: Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Siedler 1995, S. 71-81.

Zu Heinemann vgl. die in Anm. 1 genannte Literatur.

<sup>25</sup> Der Protestant Heinemann war als gläubiger Christ in der Bekennenden Kirche führend engagiert. Der liberale Katholik Dehler gehörte bis 1933 zur Führung der DDP/Staatspartei in Bamberg; er war aktiver Freimaurer sowie familiär und beruflich mit dem jüdischen Bürgertum in Franken eng verbunden. Er verkörperte die Kontinuität des demokratischen Liberalismus in Deutschland, der ohne den produktiven Anteil der Juden nicht zu denken ist.

halb ihrer Heimatregion ohne eine Verzögerung, etwa durch Gefangenschaft, Umsiedlung oder Entnazifizierung, für den demokratischen Wiederaufbau aktiv werden und ein eigenständiges politisches Selbstbewusstsein entwickeln.

In der ersten Regierung Adenauers begegneten sich Dehler und Heinemann als Justiz- bzw. Innenminister der sich konstituierenden Bundesrepublik. Unabhängig von einander wurden sie beide zu Kritikern der Deutschlandpolitik Adenauers, was schließlich zu einer Trennung von ihm führte: zuerst und abrupt bei Gustav Heinemann, der schon im Herbst 1950 sein Amt niederlegte; bei Thomas Dehler, zunächst ein treuer Anhänger Adenauers, jedoch erst unter dem Eindruck der Westverträge und des Saarstatuts von 1954 – und seitdem ihn Adenauer als seinen Gegner betrachtete.<sup>26</sup> Es waren indes verwandte Motive, die ihrer Adenauer-Kritik zugrunde lagen: ein selbstbewusstes Demokratieverständnis, das gegen die politischen Umgangsformen Adenauers opponierte, sowie das Festhalten an der deutschen Einheit als einer politischen Verpflichtung, die bei Heinemann zum Protest gegen die Wiederaufrüstung, bei Dehler zum Widerstand gegen die Saarpolitik Adenauers führte.

Während Gustav Heinemann von Adenauer schon bald aus der CDU-Politik hinausgedrängt wurde, konnte Thomas Dehler, seit 1954 Vorsitzender der FDP und ihrer Bundestagsfraktion, seine Partei dazu veranlassen, im Jahre 1956 mehrheitlich die Regierungskoalition mit der CDU – sowohl im Lande Nordrhein-Westfalen wie im Bund – aufzukündigen. Das führte im Frühjahr 1956 auch erstmals zu einer verbreiteten Adenauerkritik innerhalb der westdeutschen Intelligenz.<sup>27</sup>

Im Vorfeld der dritten Bundestagswahl hatte Heinemann versucht, Dehler und seine FDP für eine Koalition gegen Adenauer zu gewinnen. Geradezu herausfordernd titelte er in seiner Presse

---

<sup>26</sup> Vgl. zum Folgenden Wengst (Anm. 24), S. 250-305, aber auch das Kapitel „Bruch mit der FDP“ bei Hans-Peter Schwarz (Anm. 10), S. 249-264.

<sup>27</sup> Dazu: Hans-Peter Schwarz, ebd., S. 262-264.

*Eine Frage an Dr. Dehler* und schrieb: „Welche Regierung wollen Sie nach der Bundestagswahl bilden?“<sup>28</sup> Heinemann bezeugte „Achtung vor der Kritik, die Dr. Dehler heute gegenüber der Adenauerschen Politik ausspricht – eine Kritik, die sich weitgehend mit dem deckt, was wir nachgerade seit fünf Jahren sagen.“ Dehler jedoch reagierte nicht. Heinemann konnte nicht absehen, in welche innerparteilichen Auseinandersetzungen Dehler im Laufe des Jahres 1956 zunehmend geriet, so dass er im Januar 1957 seine Führungsämter in Partei und Fraktion aufgeben musste.

Nach der Bundestagswahl von 1957 war die FDP erstmals nicht an der Regierungsbildung beteiligt. Dehler erhoffte sich für die reduzierte Fraktion unter dem Leitbegriff „kombattiver Liberalismus“ eine neue Chance als Opposition - in Kampfgemeinschaft mit der Sozialdemokratie. In diesem Sinne verstand er seine Rede in der außenpolitischen Debatte, auf die er sich gründlich vorbereitet hatte.

Gustav Heinemann hingegen stand am 23. Januar vor einer ganz anderen Situation. Er war als Abgeordneter neu im Parlament und präsentierte sich in seiner Jungferrede, wie deutlich wurde, als ein christlicher Politiker, der über das Verhältnis von Christentum und Politik und die sich daraus ergebenden aktuellen Aufgaben ganz anders dachte als die von Adenauer geprägte CDU. Er war mit seinen Anhängern aus der Gesamtdeutschen Volkspartei zur SPD übergegangen und erblickte nun in einer Protestbewegung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr die große Chance einer Zusammenarbeit aller Gruppen, die ähnliche Positionen der Adenauer-Kritik vertraten.

Die Frontstellung gegen die Deutschlandpolitik Adenauers war das Verbindende der Reden Dehlers und Heinemanns am 23. Januar – trotz verschiedener politischer Ausgangssituationen. Ihre Gemeinsamkeit wirkte auf die Zuhörer so frappierend,

---

<sup>28</sup> Gesamtdeutsche Rundschau Nr. 26, 22.6.1956: „Rätselraten oder wählen?“ Dort auch das Folgende.

dass sofort die Frage aufkam, ob es zwischen den beiden nicht eine vorherige Absprache gegeben habe.<sup>29</sup> Heinemann verneinte das glaubhaft<sup>30</sup>, und so bleibt die Frage offen, wie es zu der Zuordnung der beiden Reden am Ende der Tagesordnung kommen konnte. Auffällig ist sodann, wie gezielt der Bundeskanzler beide Redner in seiner Rundfunkansprache vom 29. Januar zusammengenommen und verurteilt hat.<sup>31</sup> Er hatte offensichtlich ein Interesse an dieser Koppelung, denn sie ersparte ihm eine thematische Auseinandersetzung mit Gustav Heinemann. Daher ist im Rückblick zu fragen, ob der Kanzler vielleicht schon auf die Gestaltung der Tagesordnung Einfluss genommen hatte, zu Beginn jener Reden dann gezielt seinen Platz wechselte und sich den Rednern frontal gegenüber setzte, um die emotionale Aufladung Dehlers, die er von früher kannte<sup>32</sup>, zu erhöhen. Das würde zu der Hypothese führen, Adenauer habe den Eklat selbst mit inszeniert, um seine Kritiker dann besser bekämpfen zu können.

Welche Folgen aber hatte das nicht geplante, in der Sache aber doch „kombattive“ Auftreten von Dehler und Heinemann in jener denkwürdigen Debatte? Es sind bisher keine Zeugnisse über ihr weiteres Nebeneinander als Bundestags-Abgeordnete bekannt geworden, also auch nicht über eine intendierte politische Zusammenarbeit, und selbst der überlieferte Briefwechsel beider gibt in diesem Punkt keinen Aufschluss. Dennoch: wenn man unter jener Fragestellung die noch verbleibenden neun Jahre im Leben Dehlers überblickt, reihen sich einige Daten aneinander, die eine bemerkenswerte Linie im Verhalten Thomas Dehlers ergeben.

---

<sup>29</sup> Der Abgeordnete Hermann Höcherl formulierte sie noch in der Nachtsitzung, vgl. Dokumente III, 4, S. 413.

<sup>30</sup> Vgl. seinen Artikel „23. Januar 1958“ vom 15. 2. 1958, im Anhang, S. 63, außerdem sein Tagebuch 1950-1969, PA Wichelhaus.

<sup>31</sup> Dazu oben S. 60.

<sup>32</sup> Vor allem ist hier auf die Bundestagsrede Dehlers am 27. 2. 1955 zu verweisen, die Adenauer zum Anlass seines Bruches mit ihm genommen hatte. Vgl. den Zusammenhang bei Wengst (Anm. 24), S. 255-260.

Noch im Frühjahr 1958 unterzeichnete Dehler den Aufruf „Kampf dem Atomtod!“, der wesentlich von der SPD, und in ihren Reihen von Gustav Heinemann, getragen wurde. Die FDP hatte den CDU-Antrag zur Atom-Ausrüstung der Bundeswehr am 25. März 1958 im Bundestag mit der SPD zusammen abgelehnt, sich aber an der Kampagne nicht weiter beteiligt. Dehler war neben Marie-Elisabeth Lüders der einzige prominente Unterzeichner aus der FDP; zu einem intensiveren Engagement war er jedoch nicht bereit.<sup>33</sup>

Zu Beginn des Jahres 1959 beteiligte sich Dehler in seiner Partei intensiv an dem „Arbeitsgremium Deutschlandvertrag“, das Ende Januar zur Verabschiedung des Deutschlandplans der FDP führte, den man am 20. März der Presse übergab. Zwei Tage zuvor hatte bereits die SPD ihren Deutschlandplan veröffentlicht, an dessen Entstehung Heinemann mitgearbeitet hatte.<sup>34</sup> Ob es bei dieser parallel laufenden Aktivität zu Begegnungen, Austausch, Korrespondenzen kam, ist bisher nicht bekannt geworden. So bleibt lediglich der bemerkenswerte Gleichtakt des politischen Handelns festzuhalten.<sup>35</sup>

Als nach der nächsten Bundestagswahl am 18. September 1961 die Ergebnisse vorlagen, war Dehler fasziniert von der Möglichkeit einer Regierungsbildung mit der SPD, die von der Sitzverteilung her durchaus realisierbar gewesen wäre. Zusammen mit Genscher suchte Dehler damals Herbert Wehner auf – gewiss nicht der optimale Ansprechpartner für ein solches Pro-

---

<sup>33</sup> Vgl. Klingl (Anm. 24), S. 318 f.

<sup>34</sup> Vgl. zu Dehler ebd. S. 320-324. Heinemanns Aktivität ist noch kaum untersucht; ein Hinweis bei Karl-Ludwig Sommer, Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren, München 1980, S. 67. Zu verweisen ist aber auf Heinemanns eigenen Beitrag „Zum Deutschlandplan der SPD“ (im Anhang, S. 72-77), dazu auch unten S.44 f.

<sup>35</sup> Dazu Klingl (Anm. 24), S. 325-327; vgl. auch Wengst (Anm. 24), S. 315-317, der jedoch den Deutschlandplan nicht erwähnt und Dehler hier bereits „im politischen Abseits“ sieht.

jekt. Doch auch die FDP-Führung hatte nicht den Mut, auf Dehlers Idee einzugehen.<sup>36</sup>

Nach der Bundestagswahl von 1965 gab es für die FDP zunächst keine realistische Alternative zu einer Koalition mit der CDU unter Erhard. Doch in der Krise dieser Regierung im Herbst 1966 konnte Dehler seine Fraktion davon überzeugen, dem SPD-Antrag eines Misstrauensvotums zuzustimmen, der das Ende der Regierung Erhard bedeutete. Wiederum richteten sich seine Hoffnungen auf eine Regierungsbildung mit der SPD, die knapp möglich gewesen wäre. Nach der Bildung der Großen Koalition, die er nicht begrüßen konnte, ist ein kurzer Brief Dehlers an Gustav Heinemann überliefert, in dem es heißt: „Sie sind der einzige, dem ich Glück für das Ministeramt wünsche. ... Bei Ihnen ist das Recht in guten Händen. Darum sehe ich Sie gern auf dem Stuhle der Rosenburg, den ich bereitet habe.“<sup>37</sup>

Im Jahre 1967 hat Dehler, gleichsam als sein Vermächtnis, Walter Scheel für den FDP-Vorsitz empfohlen und damit die Bildung einer sozial-liberalen Regierung vorbereitet. In die gleiche Richtung ging sein letzter Brief an Hans-Dietrich Genscher, seinen Vertrauten: die FDP-Fraktion müsse sich „auf die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung im Jahre 1969 vorbereiten.“<sup>38</sup>

Dass bei der Beerdigung Dehlers in seinem Geburtsort Lichtenfels am 24. Juli 1967 auch Gustav Heinemann persönlich anwesend war, geht nur aus dessen privatem Tagebuch hervor.<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 322 f.

<sup>37</sup> Ebd., S. 344, Brief vom 2. 12. 1966.

<sup>38</sup> Ebd., S. 347.

<sup>39</sup> Bei Wengst, ebd., S. 349, werden entsprechend den Informationen aus der Tagespresse die Prominenten aus Bonn genannt, die zur Beerdigung kamen. Justizminister Heinemann fehlt in dieser Aufstellung; er hat sich offensichtlich nicht in die erste Reihe gedrängt und verstand seinen Besuch als eine persönliche Geste der Verbundenheit und Anteilnahme. Vgl. das Tagebuch 1950-1969, Eintrag 25.(!) 7. „Trauerfeier Thomas Dehler ... Nach dem Staatsakt an dem Grab noch ausgezeichnete Ansprache des Stadtpfarrers

---

Die beiden fast Gleichaltrigen, die so vieles in ihrem Lebensschicksal verband, sind, so scheint es, nie zu einer Freundschaft, zu einer kontinuierlichen Kommunikation, zu einem gemeinsamen Handeln gelangt. Sie waren in verschiedenen Regionen Deutschlands verwurzelt, standen in verschiedenen konfessionellen, weltanschaulichen und politischen Lagern, und als Juristen ihrer Generation war ihnen persönliche Zurückhaltung selbstverständlich.

Auf dem Höhepunkt ihres beruflichen und politischen Weges hatten sie sich mit Konrad Adenauer und seiner Politik auseinander zu setzen, und es ist kennzeichnend für die Stärke ihrer Charaktere, dass sie eine politische Gegenposition zu Adenauer aktiv und letztlich erfolgreich durchhalten konnten.

Das gemeinsame Kennzeichen ihrer politischen Position war das Festhalten an der deutschen Einheit. Adenauer hat sie deswegen als „Nationalisten“ diffamiert. Es gehört zur Tragik ihres deutschlandpolitischen Wirkens, dass zu ihren Lebzeiten Adenauer Recht zu behalten schien. Eine politische Einheit Deutschlands war im System der Nachkriegsordnung des geteilten Europa nicht zu erreichen, das erlebten beide definitiv im Jahre 1959. Heinemann aber hatte schon 1958 daraus deutschlandpolitische Konsequenzen gezogen.<sup>40</sup>

In der Bundestagsdebatte vom 23. Januar 1958 hatten Dehler und Heinemann ein Resümee ihrer Kritik an Adenauers Politik vorgelegt, das in der Literatur zumeist als „Abrechnung“ bezeichnet wird. Historisch gesehen, können ihre Reden aber auch als die Eröffnung einer neuen Etappe der westdeutschen Innenpolitik bezeichnet werden. Diese war geprägt von einer permanenten Auseinandersetzung über die Notwendigkeit, den Zeitpunkt und den Modus des Rücktritts von Bundeskanzler Adenauer. Von Gustav Heinemann war dieser Punkt erstmals als

---

Höflinger. Die nachkonziliare Kirche schließt auch einen zweifelnden Thomas in das Gewand ihrer Fürbitte und Liebe ein.“

<sup>40</sup> dazu unten S. 45 ff.

politische Option im Bundestag in die Debatte geworfen worden. Es folgte eine über acht Jahre sich erstreckende Epoche der zu Ende gehenden CDU-Herrschaft.

Erst im Rückblick wird deutlich, dass Thomas Dehler in diesen Jahren kontinuierlich auf eine politische Alternative zur Regierung Adenauers hingearbeitet hatte: eine Koalition seiner Partei mit der SPD. Die Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten als Auftakt zu einer sozial-liberalen Koalition hätte Thomas Dehler wahrscheinlich als Bestätigung dieses politischen Zieles empfunden.

Der Weg in die SPD

Das Comeback Gustav Heinemanns in die Bundespolitik, öffentlich geworden mit seiner Bundestagsrede am 23. Januar 1958, vollzog sich im Rahmen der Sozialdemokratie. Doch weder in Heinemanns Rede noch in den ersten Reaktionen, die sie auslöste, spielte dieser Umstand eine besondere Rolle. Das veranlasst zu Rückfragen nach Heinemanns Zugang zur SPD und seiner damaligen Position in ihr.

Heinemanns Weg in die Sozialdemokratie war ein Quereinstieg. Gustav Heinemann wurde nicht – so der normale Weg – Mitglied eines SPD-Ortsvereins, sondern stieg von „oben“ in die Partei ein; sein Mitgliedsbuch bekam er im Mai 1957 direkt vom Parteivorstand überreicht. Dort hatte es über seinen Parteieintritt Diskussionen gegeben; denn Heinemann kam nicht als Einzelner, sondern als der Vorsitzende der GVP, die beabsichtigte sich aufzulösen. Gustav Heinemann war zudem verwurzelt im wohlhabenden und kirchlich engagierten Bürgertum – in einem sozialen Milieu also, von dem damals nur selten ein Weg in die SPD führte. Es waren daher auf beiden Seiten erhebliche Barrieren, soziale wie auch mentale, zu überwinden.

## Fritz Erler

Die deutsche Sozialdemokratie war in der Mitte der 1950er Jahre mehrheitlich noch immer eine Arbeiterpartei, doch zu ihrer Elite gehörten zahlreiche Intellektuelle, Akademiker und auch der christlich geprägte Fritz Erler. Er war auf Gustav Heinemann aufmerksam geworden und hatte sich als Erster im Dezember 1952 im Bundestag auf ihn bezogen.<sup>41</sup> Heinemann hatte damals seine „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ in die Gesamtdeutsche Volkspartei überführt, um der von Adenauer dominierten CDU eine wählbare Alternative entgegen zu setzen. Nachdem diese in der Bundestagswahl 1953 keinen Erfolg hatte, wurde – wie auch in der ebenfalls unterlegenen SPD - nach neuen politischen Wegen und Partnern gesucht.

Gustav Heinemann hatte bereits kurz nach der Bundestagswahl von 1953 einen ersten Schritt in Richtung Sozialdemokratie gemacht und einen Aufsatz über „Gestalt und Wandel der SPD“ verfasst. In diesem analysierte er die Ursachen für deren anhaltendes Verfehlen eines Wahlsieges und stellte die These auf, wegen ihrer ideologischen Barrieren gegenüber der Marktwirtschaft und gegenüber den Kirchen konnte die SPD nicht zu einer mehrheitsfähigen Volkspartei werden.<sup>42</sup> Diesen Aufsatz sandte Heinemann zu Beginn des Jahres 1954 an Fritz Erler, und

---

<sup>41</sup> Hartmut Soell hat mit seiner Heidelberger Habilitationsschrift die bis heute gründlichste Erler-Biografie vorgelegt (Fritz Erler - Eine politische Biographie, Berlin, Bonn 1976) und dort die Kontakte zwischen Erler und Heinemann immer wieder registriert. Vgl. besonders den „Exkurs“ S. 278-289 und die ergiebigen Anmerkungen. Beachtenswert ist hier auch die Darstellung von Helmut Lindemann, Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978, S. 167-197. - „Die Integration Gustav Heinemanns in die SPD“ ist ein zentrales Thema der Freiburger Zulassungsarbeit von Karl-Ludwig Sommer von 1975: „Der Übertritt Gustav Heinemanns zur SPD und die Folgen seiner Integration in diese Partei für das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland“.

<sup>42</sup> Vgl. den Text in: Gustav W. Heinemann, Es gibt schwierige Vaterländer ... Aufsätze und Reden. 1919 – 1969, hg. von Helmut Lindemann, München 1988, S. 242-254.

dieser antwortete: „Es ist wirklich selten, dass ein außerhalb unserer Reihen stehender Mann mit so viel Sachkunde, Duldsamkeit, ja fast Freundschaft an die Probleme unserer Partei herangeht“. Erler sorgte dafür, dass der Aufsatz im September 1954 in der SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ abgedruckt wurde.<sup>43</sup> In seinem Brief an Heinemann aber ging er noch einen Schritt weiter und fragte: „Warum hilft ein solcher Mann nicht von innen her dabei, die Partei auf jenen Weg zu bringen, den er um des deutschen Volkes willen wünscht?“ und er fügte hinzu: „Nicht auf das Wünschen kommt es an, sondern auf das Tun.“ Diesen persönlichen Appell vergaß Heinemann wahrscheinlich nie, obwohl er damals noch ganz seiner Partei verbunden war und ausweichend antwortete.

Mit einem ersten Treffen von Heinemann und Erler im November 1954, an dem auch Wilhelm Mellies und Herbert Wehner vom Parteivorstand teilnahmen, begannen nicht mehr abreißende persönliche Kontakte Heinemanns zur Sozialdemokratie. Sie führten schon Ende Januar 1955 dazu, dass Gustav Heinemann als Redner neben dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer u.a. in der Frankfurter Paulskirche dabei war, als das „Deutsche Manifest“ vorgestellt wurde, der viel beachtete Aufruf gegen Adenauers Vertragspolitik.<sup>44</sup> Schon damals hielt Heinemann fest: „Die Aktion vom 29. Januar muss m.E. ein Doppeltes darstellen: eine Erweiterung des Kreises der oppositionellen Wortführer und zugleich deren Zusammenrücken zu gemeinsamen Handeln. Die SPD sollte erkennen, dass die Frankfurter Veranstaltung zugleich als Auftakt zu neuer politischer Gemeinschaft wirken muss, die der breiten Resignation über das starre Gehäuse der alten politischen Parteien begegnet und Mut macht, nun auf neue Konstellationen zuzugehen! Nicht der GVP muss ge-

---

<sup>43</sup> dort unter dem Titel „Der Weg der Sozialdemokratie“. – Brief Erlers vom 28. 2. 1954, bei Soell (Anm. 41), S.282.

<sup>44</sup> Eingehend über Heinemanns Rolle in der „Paulskirchen-Aktion“ Diether Koch: Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 441-448. Das Folgende aus einem Brief an Helmut Gollwitzer vom 18. 1.1955.

holfen werden, sondern einer mehrheitsfähigen Linken bis hinein in die FDP.“ Noch im Jahr 1955 kam es zu dem Versuch eines Wahlbündnisses von GVP und SPD bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, aber auch bereits zu ersten Übertritten von GVP-Mitgliedern zur SPD, vor allem in Württemberg unter der Führung von Erhard Eppler.<sup>45</sup>

#### Die Auflösung der Gesamtdeutschen Volkspartei

Als im Jahre 1956 die dritte Bundestagswahl in den Blick kam, setzte sich innerhalb der GVP die Einsicht durch, es sei aussichtslos, noch einmal allein zur Wahl anzutreten. So suchte man nach Verbündeten, und Gustav Heinemann erklärte in diesem Zusammenhang: „Die GVP wäre bereit, mit allen anderen Gruppen, vor allem mit der SPD, im Blick auf die Bundestagswahl 1957 zu einer Zusammenarbeit zu kommen, mit dem Ziel, die CDU-Regierung aus dem Sattel zu heben.“<sup>46</sup> Heinemann dachte an ein Wahlbündnis, sein wichtigster GVP-Mitarbeiter, der Wuppertaler Industrieberater Adolf Scheu, jedoch an eine Auflösung der GVP und eine Integration ihrer Mitglieder in die SPD. Auf der anderen Seite erklärte Fritz Erler in einem Brief: „Ich möchte Herrn Dr. Heinemann, den ich persönlich schätze und verehere, im Dritten Bundestag sehen. Dafür gibt es eine

<sup>45</sup> Vgl. Erhard Eppler, *Einsprüche. Zeugnisse einer politischen Biographie*, Freiburg 1986, S. 59-62 (Erklärung zum Austritt aus der GVP).

<sup>46</sup> Gesprächs-Exposé vom 5.4. 1956, bei: Josef Müller, *Die Gesamtdeutsche Volkspartei - Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung*, Diss. Regensburg 1987, S. 559. Für das letzte Jahr der Geschichte der GVP ist das Schlusskapitel dieser Dissertation aufschlussreich, in dem der Hertel-Nachlass verarbeitet wird. Grundlegend außerdem das Kapitel „Heinemanns Weg in die SPD“ bei Diether Koch (Anm.44), S. 475-488, das auf dem Heinemann-Nachlass basiert. Von besonderem Wert ist die Chronik des wichtigsten Zeitzeugen: Adolf Scheu, *Von der GVP zur SPD 1956/1957 – Versuch einer Dokumentation*, in: *Aus vergangenen Tagen. Gustav W. Heinemann zu seinem 70. Geburtstag*, S. 51-90, Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Diether Koch, Nr. 7.17.

relativ einfache Möglichkeit: Herr Dr. Heinemann entschließt sich, in diesen Bundestag als Angehöriger der SPD zu gehen.“<sup>47</sup>

Im Laufe des Jahres 1956 verdichteten sich innerhalb der GVP die Voten in diese Richtung; auch Dr. Diether Posser, Heinemanns Sozius, gehörte dazu. So sah sich das GVP-Präsidium (Gustav Heinemann und Helene Wessel) am 20. Dezember schließlich zu einem offiziellen Brief an den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer veranlasst, in dem man verbindliche Gespräche über ein Zusammengehen beider Parteien in der kommenden Bundestagswahl vorschlug. Der SPD-Vorstand reagierte umgehend, und so kam es vom Januar bis Mai 1957 zu einer Vielzahl von persönlichen Begegnungen, Gremien-Sitzungen und Vereinbarungen, wobei Adolf Scheu von der GVP und Wilhelm Mellies vom SPD-Vorstand die entscheidenden Partner waren. Heinemann selbst hielt sich persönlich sehr zurück; er wollte partout den Verdacht einer vorschnellen Fahnenflucht vermeiden, war sich über sein Ziel aber seit langem im Klaren.<sup>48</sup> In einem Brief des SPD-Vorstandes vom 17. Mai<sup>49</sup> wurden die Vereinbarungen festgehalten. Für Frau Wessel wurde in Nordrhein-Westfalen und für Heinemann in Niedersachsen ein SPD-Listenplatz für die Bundestagswahl in Aussicht gestellt sowie ein Weiterbestehen der „Gesamtdeutschen Rundschau“. Daraufhin beschloss der letzte Bundesparteitag der GVP am 18. und 19. Mai in Essen nach intensiven Auseinandersetzungen, die Gesamtdeutsche Volkspartei aufzulösen und ihren Mitgliedern zu empfehlen, sich der SPD anzuschließen.<sup>50</sup> Auf einer gemeinsamen Presse-

---

<sup>47</sup> Bei Soell (Anm. 41), S. 287. Das., S. 284 ff., eine Chronik der Aktivität Erlers für das „Hereinholen der GVP-Mitglieder in die SPD“. Zu beachten bleibt hier auch der lange Brief des Freundes Gollwitzer vom 22. November 1956, bei Lindemann (Anm. 41), S. 173 f.

<sup>48</sup> Aufschlussreich über das Verhalten Heinemanns in diesen Wochen ist der „Reisebericht“ einer Württemberger GVP-Delegation nach Essen, bei Scheu (Anm.46), S. 46 f.

<sup>49</sup> Als Faksimile ebd. S. 80 f.

<sup>50</sup> Vgl. das „Abwicklungs-Rundschreiben Nr.1“ vom 28. Mai 1957, ebd. S. 88-90.

konferenz im Sitzungssaal der SPD-Fraktion in Bonn wurde dieser Akt am 28. Mai der Öffentlichkeit bekannt gegeben und erläutert.<sup>51</sup>

Gustav Heinemann in der SPD

Unmittelbar nach dem 18. Mai erhielt Heinemann das Mitgliedsbuch der SPD. Es war seit 1945 seine dritte Mitgliedschaft in einer Partei.<sup>52</sup> Seine beiden vorherigen Parteien, CDU und GVP, hatte Heinemann persönlich mit begründet, um einer neuen Demokratie in Deutschland auf die Beine zu helfen. Nun hatte er sich der ältesten und größten Partei der deutschen Demokratietradition angeschlossen; er war dort angekommen, wo seine politischen Grundüberzeugungen zu Hause waren.

Auf Heinemanns Weg zur Sozialdemokratie waren indes verschiedene Barrieren zu überwinden: einerseits die Verbindungen und Prägungen des bürgerlichen Milieus von Besitz und Bildung, in dem er verwurzelt blieb, andererseits die soziale und mentale Kultur der deutschen Sozialdemokratie, die noch geprägt war von ihrem antibürgerlichen Klassencharakter und von einer Distanz zum kirchlichen Christentum. In der Person Fritz Erlers aber hatte Heinemann einen ihm wesensverwandten Gesprächspartner gefunden, der zu den Reformern in der SPD gehörte, die nach der Bundestagswahl von 1957 neuen Aufwind bekommen hatten.<sup>53</sup> Sie wirkten in der Richtung, die auch Heinemann in seinem Aufsatz über den Weg der Sozialdemokratie<sup>54</sup>

<sup>51</sup> Dazu die Agentur-Berichte, ebd. S. 84 ff.

<sup>52</sup> Blickt man auf Heinemanns gesamtes Leben, wären noch zu nennen die DDP, deren Jugendorganisation Heinemann in den Anfangsjahren der Weimarer Republik angehört hatte, und der „Christlich-Soziale Volksdienst“, dessen Mitglied er am Ende dieser Republik gewesen ist.

<sup>53</sup> Dazu noch immer: Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie. 1945-1965*, Berlin-Bonn 1982, S. 401-420; auch Susanne Miller, *Die SPD vor und nach Godesberg*, Bonn 1974.

<sup>54</sup> Vgl. Anm. 42. Heinemann hatte die Perspektive einer „großen linken Volkspartei“ entworfen, besonders in den Abschnitten III und IV des Textes.

skizziert hatte: Öffnung für Grundprinzipien der Marktwirtschaft und Verständigung mit den Kirchen.

Heinemann war jedoch Realist genug, zu sehen und zu spüren, dass er innerhalb der SPD noch weitgehend fremd und unbekannt war. Auch bei vielen ehemaligen Mitgliedern der GVP gab es noch Fragen zu seinem Übergang in die SPD. So fühlte sich Heinemann verpflichtet, über seinen Weg Auskunft zu geben, und er tat es auf seine Weise: schriftlich. Wenige Wochen nach seinem Parteiwechsel publizierte er im Verlag des linken Protestantismus ein kleines Buch mit 22 seiner Texte<sup>55</sup>: „Im Schnittpunkt der Zeit“ – der Titel sollte auf die damals aktuelle Schnittstelle seines politischen Lebens verweisen, und das Inhaltsverzeichnis zeugt von einer bewussten Strategie. Ein erster Abschnitt umfasst Schriften zu Heinemanns „Erbe und Auftrag“: die deutsche nationalkirchliche Tradition, die ökumenische Gemeinschaft der Christenheit und die sich wandelnde Sozialdemokratie. Ein zweiter Abschnitt bringt Texte über den Weg des Politikers „aus christlicher Verantwortung“ und ein dritter dokumentiert die Stationen und Positionen von Heinemanns politischer Tätigkeit seit 1945. Dieses Buch der Rechenschaft erschien mit einer Auflage von 3000 Exemplaren.<sup>56</sup>

Bereits im Monat Mai 1957 war ein erster Artikel von Gustav Heinemann im sozialdemokratischen Pressedienst erschienen, zwei Wochen später ein nächster im „Vorwärts“.<sup>57</sup> Heinemann war ein passionierter und erfahrener politischer Schriftsteller und nahm nun auch in der SPD die sich bietenden Publikationsmöglichkeiten wahr. Es ging ihm zunächst um die Verdeutlichung seines und seiner Freunde Parteibeitritt: „Warum zur SPD?“ Heinemann fasste seine Antwort in einem Satz zusam-

---

<sup>55</sup> Im Schnittpunkt der Zeit. Reden und Aufsätze von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bundesminister a. D.. Mit einem Vorwort von Prof. D. Helmut Gollwitzer, Verlag Stimme der Gemeinde, Darmstadt 1957.

<sup>56</sup> vgl. Heinemann – NL 2, M 0100.

<sup>57</sup> „Warum zur SPD?“ im SPD-Pressedienst vom 24.5. 1957 (im Anhang S. 65 ff.) und „Der christliche Vorbehalt“ im „Vorwärts“ vom 7.6. 1957.

men: „Mit der Auflösung der GVP ist der Übertritt vieler ihrer christlichen Mitglieder zur SPD verbunden; sie wollen unserem Volk durch eine andere Deutschland- und Europapolitik zu seiner staatlichen Wiedervereinigung und durch Überwindung alter weltanschaulicher Gräben zu einem inneren Zueinander helfen.“ Getragen von dem Bewusstsein dieser Mission bezeichnete Heinemann im „Vorwärts“ die neuen Sozialdemokraten aus der GVP als „ein gewisses dynamisches Kräfte-reservoir für kommende politische Möglichkeiten“, und damit hatte er, wie im Rückblick gesagt werden kann, seinen Mund nicht zu voll genommen.

Gustav Heinemann war hoch motiviert, besonders angesichts der am 15. September anstehenden Bundestagswahl. Bis dahin erschienen von ihm noch drei weitere Artikel in SPD-Organen. Außerdem standen ihm weiterhin die „Stimme der Gemeinde“ und die „Gesamtdeutsche Rundschau“ zur Verfügung, mit denen er ein außerhalb der SPD stehendes Publikum erreichen konnte.<sup>58</sup> Obwohl ein sicheres Bundestagsmandat in Aussicht stand, engagierte sich Heinemann in dem sich seit Juli verdichtenden Wahlkampf stark: Er hatte Auftritte in allen Medien, sprach in über 70 Wahlversammlungen – in allen Bundesländern.<sup>59</sup>

Nach der Bundestagswahl von 1957

Der Ausgang dieser Wahl (CDU/CSU 50,2 %, SPD 31,8, FDP 7,7), von der er bereits einen Regierungswechsel erwartet hatte, war für Gustav Heinemann gewiss eine große Enttäuschung. Doch es gibt dazu kaum resignative Äußerungen von ihm; seine politische Motivation ging über den Wahlkampf hinaus. Sie beruhte auf der zunehmenden Erfahrung, in den Reihen der SPD

<sup>58</sup> Einen Überblick gewinnt man durch: Gustav W. Heinemann Bibliographie. Bearbeitet von Martin Lotz. Herausgeber: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn 1976.

<sup>59</sup> Eine Notiz im persönlichen Tagebuch: „Wahlversammlungen in allen Bundesländern. Seit Auflösung der GVP bis 14. September 73 Versammlungen, Rundfunk und Fernsehen“. PA Wichelhaus, Tagebuch 1950-1969.

eine neue politische Perspektive zu haben. Schon zehn Tage nach der Wahl erschien im SPD-Pressedienst ein Artikel, in dem Heinemann den zentralen Leitbegriff des CDU-Wahlkampfes („Keine Experimente!“) aufgriff, um ihn für einen Aufruf zu verschärfter Opposition zu verwenden.<sup>60</sup>

Die Bundestagsfraktion der SPD, in der Gustav Heinemann sich nach der Wahl als neuer Abgeordneter einfand, wurde nun für ihn die politische Gemeinschaft, der er sich vor allem zugehörig fühlte, in der auch neue persönliche Freundschaften entstehen konnten. In der politischen Diskussion gehörte Heinemann zu denen, die einer verschärften Auseinandersetzung mit der Deutschlandpolitik Adenauers das Wort redeten, zumal die Bundesregierung im Oktober auf die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien erstmals im Sinne der so genannten Hallstein-Doktrin reagiert hatte und dabei international eine Blamage erlebte.

Es war für Gustav Heinemann sicher eine Überraschung, dass er Ende Oktober, auf der konstituierenden Sitzung der SPD-Fraktion im Dritten Bundestag, bereits in den Vorstand der Fraktion gewählt wurde.<sup>61</sup> Nach dem Schock der Wahl-Niederlage hatte das Projekt einer Reformierung der oberen Parteigremien starke Impulse erhalten.<sup>62</sup> Ein erster Schritt in diese Richtung war die Wahl von Fritz Eler, Carlo Schmid und Herbert Wehner zu Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion. Dass auch der Neuling Heinemann, der aus dem Großbürgertum und der evangelischen Kirche stammte, in den 20-

---

<sup>60</sup> „Das Große Experiment“, in: SPD-Pressedienst vom 25.9.1957, zwei Tage später auch im „Hamburger Echo“ und in der „Gesamtdeutschen Rundschau“. Eine Kommentierung des Wahlausgangs von Heinemann auch in der September-Ausgabe der neuen Zeitschrift „Politische Verantwortung“.

<sup>61</sup> Die Protokolle der Bundestagsfraktion geben für diesen Zeitraum nur wenige Hinweise. Sie wurden nur dilatorisch geführt, enthalten große Lücken (so auch für die Wahlsitzung!) und sind archivarisch kaum aufgearbeitet.

<sup>62</sup> Zum Folgenden Klotzbach (Anm. 53), S. 388 – 412; vgl. auch Karl-Ludwig Sommer (Anm.34) S. 46 ff.

köpfigen Vorstand gewählt wurde, machte deutlich, dass man sich demonstrativ zur bürgerlichen Intelligenz und den Kirchen hin öffnen wollte. Heinemann war sich dieser Zusammenhänge bewusst und stellte sich in seinem Verhalten innerhalb der Fraktion klug darauf ein.<sup>63</sup> Seine Freunde und Anhänger informierte er noch im Jahre 1957 über den „programmatischen Wandel“, den er innerhalb der SPD damals erlebte. Er sah diese jetzt auf dem Wege „zu einer mehrheitsfähigen breiten Volkspartei, in der sich traditionelle und neue Gruppen miteinander verbinden.“<sup>64</sup>

Der lebhafte und aufmerksame Applaus, den Heinemann dann bei seinem ersten Auftritt im Bundestag, am 23. Januar 1958, aus den Reihen der SPD-Fraktion erhielt, zeigte ihm, dass er dort angekommen und aufgenommen war. Dass er von seiner Herkunft her in seiner Art und Haltung ein anderer war als seine Fraktionsgenossen, das blieb beiden Seiten stets bewusst. Der Spitzname „Gustav Gustav“, der sich für ihn bald einbürgerte, ist charakteristisch: einerseits eine durchaus kritische Anspielung darauf, dass Heinemann prononciert seine beiden Dokortitel in der Öffentlichkeit führte, andererseits – mit der Ersetzung der Dokortitel durch seinen Vornamen – ein Zeichen seiner Aufnahme in die Brüderlichkeit innerhalb der Partei.<sup>65</sup>

Die Kampagne „Kampf dem Atomtod!“

Am 24. Januar 1958 fand - seit langem festgelegt - eine Sitzung des SPD-Parteivorstandes statt. Es gab noch keine Presseberichte über die große Bundestagsdebatte des Vortages, und so vermittelt das knappe Protokoll den unmittelbaren Eindruck der

<sup>63</sup> In den überlieferten Protokollen ist nur selten eine Wortmeldung Heinemanns zu finden. Er drängte sich offensichtlich als Redner nicht auf, wartete vielmehr auf Gelegenheiten, persönlich wirken zu können.

<sup>64</sup> Der programmatische Wandel der SPD, in: „Stimme der Gemeinde“ 1.12. 1957, „Gesamtdeutsche Rundschau“ 13.12. 1957; erst nach Heinemanns Rede vom 23. Januar auch im „Vorwärts“. Vgl. den Text im Anhang S. 67 ff.

<sup>65</sup> Vgl. etwa das ambivalente Bild, das Helmut Schmidt von Heinemann innerhalb der SPD zeichnet, in: *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 425.

Genossen: „Gestern haben wir gut abgeschnitten“ (Ollenhauer), „Heinemanns Beitrag und Dehlers erschütterndes Bekenntnis sind ohne Zweifel wirksam gewesen, den Mythos Adenauers anzugreifen“ (Wehner). In der Diskussion wurde verabredet, die Reden in einer Massenbroschüre zu verbreiten, vor allem aber: Heinemanns Appell zum öffentlichen Protest gegen die geplante Atombewaffnung aufzugreifen. „Wir sollten eine breite Basis suchen für eine Aktion gegen die Atomgefahren“, fasste Ollenhauer zusammen, und er verwies auf die in Nordrhein-Westfalen anstehenden Landtagswahlen.<sup>66</sup> Schon in der am 7. Februar folgenden Vorstandssitzung wurde berichtet, man habe Kontakte zu FDP, DGB, zu Vertretern der Kirchen und zu Schriftstellern aufgenommen und plane eine zentrale Kundgebung in Frankfurt am Main. Am 22. Februar fand auf Initiative der SPD in Bad Godesberg ein Treffen der interessierten Organisationen und Personen statt, und danach erarbeitete ein Redaktionsausschuss, in dem Heinemann mitarbeitete, den Aufruf „Kampf dem Atomtod!“. Am 10. März wurde er veröffentlicht.<sup>67</sup> Schon am 7. März hatte sich ein Arbeitsausschuss „Kampf dem Atomtod!“ konstituiert, der vordringlich die für den 23. März geplante Frankfurter Kundgebung vorbereitete.

Als diese stattfand, tagte in Bonn der Bundestag über vier Sitzungstage hinweg zur Behandlung einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion, die mit ihrer Mehrheit am Ende eine Entschliebung zur Ausrüstung der Bundeswehr mit „modernsten Waffen“, also auch Atomwaffen, verabschiedete. Zwei Tage danach gab die unterlegene SPD-Fraktion eine Presse-Erklärung heraus: „Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die gesamte Bevölkerung auf, ihren Willen kundzutun. ... Die Bundesregierung Adenauer ist durch die Wahl vom 15. September 1957 nicht zur atomaren

---

<sup>66</sup>Archiv der sozialen Demokratie, SPD-Parteivorstand, Sitzung am 24. Januar 1958, S. 1-3.

<sup>67</sup> Zur Geschichte der Kampagne ist noch immer grundlegend: Hans Karl Rupp, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren*, Köln 1970.

Aufrüstung ermächtigt worden. Diese Regierung muss im Lebensinteresse des deutschen Volkes abgelöst werden.“<sup>68</sup> Wie eine solche Ablösung vonstatten gehen sollte, blieb unklar, doch der Aufruf zu öffentlichen Kundgebungen wurde massenhaft befolgt. Es wurde die größte Protestbewegung in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Unmittelbar nach dem Bundestagsbeschluss vom 25. März setzte sie spontan ein, steigerte sich dann innerhalb des Monats April und beherrschte noch die weit über 1000 Kundgebungen am Ersten Mai.<sup>69</sup>

Am 10. April tagten Parteivorstand und Bundestagsfraktion der SPD gemeinsam und beschlossen nicht nur eine breite Durchführung von Kundgebungen „Kampf dem Atomtod!“, sondern auch die Organisation von Volksbefragungen über die atomare Rüstung in den SPD-regierten Ländern und Gemeinden. Nur auf diesem Wege schien es noch möglich zu sein, die vom Bundestag beschlossene Aufrüstung zu verhindern. Die Bundestagsfraktion der SPD hatte bereits am 25. März ein Gesetz „zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr“ beantragt.<sup>70</sup>

Gustav Heinemann konnte in diesen Wochen erleben, wie seine Ankündigung einer Protestbewegung gegen die Atomrüstung, mit der er seine Rede am 23. Januar beendet hatte, sich in einer ganz unverhofften Weise realisierte. Die Organe der großen Partei, der er nun angehörte, hatten sich vom Vorstand bis zum Ortsverein der Sache angenommen, und so kam es im Monat April quer durch die Republik unter der Losung „Kampf dem Atomtod!“ zu jenen Kundgebungen bisher ungekannten Ausmaßes.<sup>71</sup> Heinemann beteiligte sich an dieser Kampagne auf

---

<sup>68</sup> Dokumente III, 4, S. 917.

<sup>69</sup> Die ausführlichste Übersicht bei Rupp (Anm. 67), S. 162-192.

<sup>70</sup> Vgl. ebd. S. 880 f.. Der Antrag wurde in 3. Lesung am 13. Juni im Bundestag abgelehnt.

<sup>71</sup> In Hamburg z.B. waren am 17. April vor dem Rathaus etwa 150.000 Menschen versammelt. Es war die größte Kundgebung, die nach dem Krieg in der Stadt stattfand. Dazu Rupp (Anm. 67), S. 183-185, sowie die Lokalstudie

verschiedene Weise. Am letzten Tag jener großen Bundestagsdebatte (25. März) war er noch als Redner aufgetreten und hatte versucht, mit zwei grundsätzlichen „Vorfragen“ die geplante CDU-Entscheidung aufzuhalten.<sup>72</sup> Sodann ist Heinemann als Redner auf der großen Kundgebung in Freiburg im Breisgau am 14. April bezeugt, außerdem verfasste er vier Presse-Beiträge im April und Mai.<sup>73</sup>

Mitte Mai 1958 fand in Stuttgart der reguläre Parteitag der SPD statt, und auch dieser stand unübersehbar im Zeichen der Anti-Atomkampagne.<sup>74</sup> Gustav Heinemann war Delegierter der Fraktion und wurde mit einer beachtlichen Stimmenzahl in den Vorstand der Partei gewählt. Er gehörte wohl auch zu den Initiatoren einer „Kundgebung“ des Parteitags „Für eine Welt der Freiheit und des Friedens“, in der es heißt: „Der Parteitag betont seine Verbundenheit mit den in der Bewegung ‚Kampf dem Atomtod!‘ tätigen Männern und Frauen ... Die SPD wird auch weiterhin die Bewegung mit allen Kräften unterstützen. Der Parteitag fordert die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratie auf, den Kampf gegen die Verwirklichung des Bundestagsbeschlusses vom 25. März innerhalb und außerhalb des Parlaments fortzusetzen. Der Parteitag dankt den sozialdemokratischen Län-

---

über Bremen von Karl Ludwig Sommer, *Wiederbewaffnung im Widerstreit von Landespolitik und Parteilinie*, Bremen 1988.

<sup>72</sup> Vgl. besonders den zweiten Teil seiner Rede, in: *Dokumente III*, 4, S. 856-863. Nach der mitternächtlichen Jungferrede vom 23. Januar zeigte Heinemann hier eine ganz andere Schlagfertigkeit - und auch Humor!

<sup>73</sup> Vgl. die Heinemann Bibliographie (Anm. 58) ab Nr. 567! (Rede in Freiburg) sowie 569-571 und 573.

<sup>74</sup> Der Parteitag wurde eingeleitet mit der von Erwin Piscator betreuten Uraufführung der „Göttinger Kantate. Den Aufruf der 18 Wissenschaftler und die großen Gefahren unseres Jahrhunderts szenisch darstellend, als öffentliche Warnung niedergeschrieben.“ Vgl. *Parteitag Stuttgart, 18. – 23. Mai 1958*. Protokoll, S. 23 f.

dern und Gemeinden, die die Initiative ergriffen haben, um Volksbefragungen über die atomare Rüstung einzuleiten.“<sup>75</sup>

Das Projekt der Volksbefragungen aber bereitete zunehmend Schwierigkeiten.<sup>76</sup> Seit dem 18. April war am Bundesverfassungsgericht eine Klage der Bundesregierung gegen die sozialdemokratisch regierten Länder Bremen, Hamburg und Hessen anhängig, deren verfassungsrechtliche Zuständigkeit für die von ihnen eingeleiteten Volksbefragungen bezweifelt wurde. Heinemann beteiligte sich zusammen mit Adolf Arndt an der Verteidigung in Karlsruhe.<sup>77</sup> Die verfassungsrechtliche Problematik des Projektes bedingte jedoch eine um sich greifende Verunsicherung, und so kamen im SPD-Vorstand schon am 25. April zahlreiche Bedenken und Verzögerungen zur Sprache, die besonders auch in NRW einer Umsetzung der Vorstandsbeschlüsse vom 10. April entgegen standen. Dort scherte im Mai die FDP aus der Regierungskoalition aus und stürzte zusammen mit der CDU das Kabinett Steinhoff. Die Landtagswahl am 6. Juli 1958 endete mit einem Kantersieg der CDU. Als am Ende des Monats auch das Karlsruher Urteil gegen die SPD-Länder erging, brach die Protestbewegung „Kampf dem Atomtod!“ überraschend schnell und kleinlaut in sich zusammen. Von keiner der beteiligten Organisationen wurde öffentlich ein Schlussstrich gezogen und eine realistische Rechenschaft vorgelegt.

Gustav Heinemann ging persönlich einen anderen Weg: Er meldete sich eine Woche nach dem Karlsruher Urteil im „Vorwärts“ zu Wort<sup>78</sup> und wiederum am 3. September im Parteivorstand, dem er nun angehörte. Hier vertrat er die Ansicht, es

---

<sup>75</sup> Ebd. S. 481. – Zur Wahl des Partei-Vorstands vgl. ebd. S. 457 f. Heinemann rangierte an 16. Stelle, er erhielt mehr Stimmen als Willy Brandt und Helmut Schmidt. – Die Reform der Parteiorganisation kam hier zu ihrem Durchbruch; dazu S. 36 und die Anm. 53 und 62.

<sup>76</sup> Zum Folgenden Rupp (Anm. 67), S. 194-202.

<sup>77</sup> Dazu die Eintragungen in seinem Tagebuch über die Verhandlungen in Karlsruhe vom 8. bis 10. Juli. PA Wichelhaus.

<sup>78</sup> Aufsatz „Der Spruch von Karlsruhe“ vom 8.8. im Vorwärts.

bleibe dem Bundestag unbenommen, die Durchführung einer Volksbefragung zu beschließen. Angesichts der politischen Machtverhältnisse, die anzuerkennen auch er nicht anstand, war das indes nur ein hypothetischer Trost. Gustav Heinemann blieb auch weiterhin ein erklärter Gegner jeglicher Atombewaffnung. Er setzte das Recht zu dieser Position mit Ollenhauers Hilfe auf dem Parteitag 1960 in Hannover innerhalb seiner Partei durch und gehörte im November 1960 mit Erich Ollenhauer zu den wenigen, die in einem Offenen Brief an Konrad Adenauer gegen dessen Diffamierung der Atomwaffengegner protestierten.<sup>79</sup> Zu einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr kam es jedoch letztlich nicht, denn die NATO ließ schon bald von ihrem Projekt ab, wofür u.a. der Machtantritt General de Gaulles in Frankreich sorgte.

So bleibt festzuhalten: Die Führungsgruppe der Sozialdemokratie und besonders auch Gustav Heinemann selbst waren im Verlauf der Kampagne „Kampf dem Atomtod!“ um viele Erfahrungen reicher geworden. Sie hatten nach der Bundestagsdebatte vom 23. Januar zunächst die Bestätigung erhalten, dass die Sozialdemokratie in der westdeutschen Bevölkerung mit einer großen Resonanz rechnen konnte, wenn sie engagiert die richtigen Fragen ansprach. Sie war imstande, eine Massenbewegung auszulösen – eine erste außerparlamentarische Opposition.<sup>80</sup> Das

---

<sup>79</sup> Vgl. dazu Rupp (Anm. 67), S. 234 und Sommer (Anm. 34), S. 79 f.

<sup>80</sup> Erst zehn Jahre später war dieser Begriff zu einem vieles besagenden Schlagwort geworden: APO. In der Geschichte der Bundesrepublik war die Kampagne des Jahres 1958 in der Tat eine erste außerparlamentarische Opposition, die diesen Namen verdient. Sowohl 1958 wie dann auch 1967-1969 ging es um einen organisierten Protest gegen Demokratie gefährdende Tendenzen einer Mehrheits-Regierung. Das war den beteiligten Sozialdemokraten durchaus bewusst, denn die SPD hatte mit der Auseinandersetzung über parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine bewegte Tradition. – Zum Vergleich verschiedener außerparlamentarischer Oppositionen in der Bundesrepublik vgl. Lothar Rolke, Protestbewegungen in der Bundesrepublik, Opladen 1986, und speziell Jost Dülffer, Die Protestbewegungen gegen Wiederbewaffnung 1951-55 und

war nach der Wahlniederlage des 15. September 1957 für künftige Projekte und Wahlkämpfe eine wichtige Erkenntnis. Andererseits aber mussten sie erfahren, dass die besseren Argumente und die ethisch überzeugendere Position nicht notwendig einen politischen Wahlsieg einbrachten.

### Deutschlandpläne

Heinemanns erster Gegenstand in seiner Rede am 23. Januar 1958 war die Deutschlandpolitik der Jahre 1949 bis 1955. Es war das zentrale Thema seiner damaligen Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Adenauer, und er griff es auf, um an die von Adenauer nicht genutzten Chancen, über eine Wiedervereinigung zu verhandeln, zu erinnern. Das war nun aber für ihn ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Die aktuellen deutschlandpolitischen Sorgen Heinemanns galten den Gefahren einer doppelten atomaren Aufrüstung in Deutschland.

Im November 1958 jedoch wurden die Westmächte durch ein Berlin-Ultimatum der Sowjetregierung überrascht, und die Oppositionsparteien der Bundesrepublik sahen sich durch diese deutschlandpolitische Initiative Nikita Chruschtschows dazu herausgefordert, ihre Vorstellungen über den Weg zu einer deutschen Wiedervereinigung in einem „Deutschlandplan“ niederzulegen. Zu dem siebenköpfigen Redaktionsgremium unter dem Vorsitz Herbert Wehners, das innerhalb der SPD-Fraktion gebildet wurde, gehörte auch Gustav Heinemann, doch es fehlen bisher Nachweise seiner konkreten Mitarbeit.<sup>81</sup> Nachdem der

---

atomare Aufrüstung 1957/58 in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Vergleich, in: Ders., *Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 2003, S. 205-218. Der komparative Beitrag von Holger Nehring ist aufschlussreich, aber für die deutsche Seite zu wenig ausgearbeitet: *Die Proteste gegen Atomwaffen in der Bundesrepublik und Großbritannien, 1957-1964*, in: *Mitteilungsblatt des ISB* 31, 2004, S. 81-108.

<sup>81</sup> Nur die Rolle der Kommissionsmitglieder Erler und Wehner ist durch Hartmut Soell bisher näher dargestellt worden (Anm. 41, S. 375-393), detailliert auch das Schicksal dieses Deutschlandplans im Jahre 1959. Vgl. zum Gesamtzusammenhang auch Schütz (Anm. 7), S. 204-212.

Deutschlandplan der SPD am 18. März 1959 der Presse präsentiert worden war, stellte ihn Heinemann schon bald auch publizistisch vor und machte deutlich, wo die Unterschiede zur Position der CDU-Regierung lagen:

- Die Wiedervereinigung war konzipiert als ein Prozess, eine gesteuerte politische und ökonomische Entwicklung in mehreren Stufen.
- Die DDR-Regierung sollte vom Westen als Verhandlungspartner akzeptiert werden.
- Freie Wahlen sollten nicht am Anfang, sondern am Ende des Prozesses der Wiedervereinigung stehen.<sup>82</sup>

Der Deutschlandplan der SPD, in dem Grundanliegen von Heinemanns deutschlandpolitischer Position unverkennbar ihren Niederschlag gefunden haben, ist in der zeitgenössischen Presse vielfach kritisiert worden, und in der historisch-politischen Literatur wird er wenig beachtet. In der Tat war er realpolitisch nach dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz von 1959, für die er verfasst worden war, weitgehend überholt. Die Bedingungen seiner Entstehung und seiner Wirkung werden jedoch meist übersehen.<sup>83</sup> Für Gustav Heinemann bedeutete dieser von ihm mitverantwortete Plan indes die konkrete Skizzierung einer Europa- und Deutschlandpolitik, wie er sie in seiner Rede vom 23. Januar als Alternative zur Politik Adenauers eingefordert hatte. Sie sollte dem Rechnung tragen, was seit 1955 die politischen Realitäten und Positionen bestimmte: der Existenz von zwei Staaten in Deutschland innerhalb der Nachkriegsordnung

---

<sup>82</sup> „Zum Deutschlandplan der SPD“ (15.4. 1959), vgl. den Abdruck im Anhang, S. 72-77.

<sup>83</sup> Es war der Plan einer Oppositionspartei, die nicht verhandeln musste, sondern sich verpflichtet sah, alternative Ideen ins Spiel zu bringen. Er beruhte zudem auf zwei Voraussetzungen: der Bereitschaft zu militärischer Entspannung, also zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, und einer Bereitschaft aller Beteiligten, eine Wiedervereinigung Deutschlands wirklich zu erreichen. Vgl. auch die im April 1959 vom Parteivorstand der SPD herausgegebenen „Erläuterungen zum Deutschlandplan“.

des geteilten Europa, für das ein militärisches und politisches Sicherheitssystem zu finden die große Aufgabe war.<sup>84</sup>

Nach dem deutschlandpolitischen Scheitern der Genfer Außenminister-Konferenz waren Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung durch die vier Siegermächte endgültig obsolet geworden. Gustav Heinemann hatte indes schon im Jahre 1958 auch einen anderen „Deutschlandplan“ im Visier, einen realistischen Plan für das geteilte Deutschland, dessen Umsetzung allein von der Bereitschaft der deutschen Politiker abhängig war: die Schaffung eines „Amtes für innerdeutsche Regelungen“. In seiner Bundestagsrede am 25. März 1958 hatte Heinemann auf „eine Fülle von menschlichen Dingen“ hingewiesen, die im geteilten Deutschland auf der Ebene des täglichen Lebens als Probleme entstanden waren, von der Bundesregierung aber nicht aufgegriffen wurden.<sup>85</sup> Heinemanns Fraktion hatte dann am 30. September einen „Antrag betreffend eines Amtes für innerdeutsche Regelungen“ gestellt, um hier einen Schritt weiter zu kommen.<sup>86</sup> Dieser Antrag wurde für die CDU und die ihr nahe stehende Presse zu einem Streitobjekt, die FPD-Fraktion unterstützte ihn durch einen Vermittlungsvorschlag. Gustav Heinemann erläuterte ihn im „Vorwärts“ vom 24. Oktober und verteidigte ihn gegenüber der Kritik, u.a. mit dem Argument: „Wenn das Grundgesetz entgegen seinem ursprünglichen Inhalt einer Aufrüstung angepasst werden konnte, die vom gesamtdeutschen Standpunkt

---

<sup>84</sup> Heinemann hatte sich über die Realisierungschancen des SPD-Planes keine Illusionen gemacht und dessen Funktion darin gesehen, „die Klärung (der deutschlandpolitischen Situation) voranzutreiben“ (im Anhang S. 77).

<sup>85</sup> Vgl. Dokumente III, 4, S. 855 f.. Heinemann nennt Verkehrsprobleme, Unterhaltszahlungen, die Amnestie und den Austausch politischer Gefangener.

<sup>86</sup> Vgl. Dokumente III,4, S. 1661 f. Das Amt sollte im Ministerrang in Berlin errichtet werden und alle Dienststellen der Bundesregierung „in Fragen, die aus der Spaltung Deutschlands entstanden sind“, koordinieren.

aus sehr umstritten ist, so sollte es nötigenfalls auch für Bemühungen um innerdeutsche Regelungen anpassungsfähig sein.“<sup>87</sup>

Dies waren erste Schritte einer neuen deutschlandpolitischen Orientierung. Nach dem Scheitern der Genfer Konferenz ging es angesichts der Blockade alliierter Deutschlandpolitik um die Einsicht, dass nun die Deutschen selbst dazu aufgerufen seien, gesamtdeutsche Verantwortung im Rahmen ihrer Möglichkeiten politisch wahrzunehmen. Heinemann stellte fest: „Zwischen der Bundesrepublik und der DDR besteht ein Niemandsland – äußerlich erkennbar an den Sperrstreifen längs der Zonengrenze und sachlich gekennzeichnet durch mangelnde Regelung von Lebensvorgängen, die über die Zonengrenze hinweg greifen.“ Daraus ergab sich für ihn „das Anliegen, über das innerdeutsche Niemandsland hinwegzukommen“, denn: „Eigene Bemühungen um gesamtdeutsche Fragen, über die Verantwortung der vier Mächte hinaus, sind nachgerade unerlässlich.“<sup>88</sup> Voraussetzung dafür sei eine Anerkennung der DDR: „Die DDR ist eine Realität, und es ist an der Zeit, dass wir alle davon Kenntnis nehmen.“<sup>89</sup>

Von Heinemanns Engagement für ein „Amt für innerdeutsche Regelungen“ führte unverkennbar eine Entwicklungslinie zu den innerdeutschen Verhandlungen, die erstmals im Jahre 1963 in Berlin mit den Passierschein-Regelungen praktiziert wurden, vorbereitet durch Egon Bahr in seiner Tutzingener Rede vom Juli 1963. Dass Gustav Heinemann zu den geistigen Initiatoren dieser neuen Deutschlandpolitik zu rechnen ist, verdient festgehalten zu werden.

---

<sup>87</sup> Parlamentär im Niemandsland, im Anhang S. 77 ff.. Heinemann reagiert auf den Einwurf, der Antrag verstoße gegen die Regelungen des Grundgesetzes. - Zum Vermittlungsvorschlag der FDP-Fraktion, der dafür plädierte, das Amt beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen einzurichten, vgl. Dokumente III,4, S. 1789.

<sup>88</sup> Im Anhang S. 78. – Heinemann hatte im Juni 1958 mit einem spontanen Besuch bei Otto Grotewohl in Ostberlin dazu ein Beispiel gegeben, vgl. Lindemann (Anm. 40), S. 196.

<sup>89</sup> Bei Lindemann (wie Anm. 42), S. 321.

Die Deutschlandpolitik war für Gustav Heinemann in den 1950er Jahren das große Thema seines politischen Handelns. Auch mit seinem Wechsel zur Sozialdemokratie und mit dem Schwinden der Chancen einer staatlichen Wiedervereinigung war sein gesamtdeutsches Engagement nicht erlahmt.<sup>90</sup> Für das Ende der fünfziger Jahre kann vielmehr zusammengefasst werden:

1. Heinemann sorgte als Sozialdemokrat dafür, dass die großen Versäumnisse der Deutschland- und Ostpolitik Adenauers deutlich gemacht und zur Orientierung für künftige Politik dokumentiert wurden.<sup>91</sup>

2. Durch seine Mitarbeit am Deutschlandplan der SPD von 1959 hat Heinemann dazu beigetragen, dass von der Sozialdemokratie, die in der Tradition Kurt Schumachers stets die deutschlandpolitische Opposition gegen die Politik Adenauers anführte, auch ein eigenes Konzept eines möglichen Weges zu einer deutschen Vereinigung ausgearbeitet wurde.

3. Auch als die „Nachkriegsordnung“ Europas und mit ihr die Teilung Deutschlands zur Grundlage deutscher und internationaler Politik geworden war, gehörte Gustav Heinemann zu denen, die sich mit dieser Situation nicht abfinden wollten. Er hielt an der deutschen Einheit fest und stellte sie als Maßstab seines politischen Handelns über die Maximen der antikommunistischen Abgrenzung. Heinemann suchte nach Wegen für eine Politik innerdeutscher Verhandlungen, für die Wahrnehmung gesamtdeutscher Solidarität und Verantwortung.

---

<sup>90</sup> Dies bleibt festzuhalten gegenüber einem häufig in der Literatur vertretenen Urteil, etwa bei Vinke (Anm.1, S. 131) oder Sommer (Anm. 34, S. 70 f.).

<sup>91</sup> Auch Mitte der sechziger Jahre war ihm das noch ein Anliegen, und er stellte einen Sammelband seiner wichtigen Texte zusammen: *Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. Artikel und Reden*, Stimme Verlag, Frankfurt am Main 1966. Im Jahre 1970, als Heinemann schon Bundespräsident war, ist noch eine dritte Auflage des Büchleins erschienen.

## Ausblick: Godesberg

Der berühmte Programm-Parteitag der SPD, der im November 1959 in Bad Godesberg stattfand, war schon in Sicht, als Gustav Heinemann im Mai 1957 zur Sozialdemokratie kam. Mit seinen Parlamentsreden vom 23. Januar und 25. März 1958 hatte er sich auch öffentlich als ein Politiker erwiesen, der überzeugen und beeindrucken konnte. Auf dem Parteitag in Stuttgart war er daher im Mai 1958 schon nach einem Jahr seiner Mitgliedschaft in den Vorstand der Partei gewählt worden, und 1959 in Godesberg nahm er bereits aktiv an der Diskussion des Parteitags über das neue Programm teil. Hier benutzte er als Anrede der Delegierten allerdings nicht den Begriff „Genossen“ – er sagte: „Verehrte Freunde!“<sup>92</sup>

Mit dieser Anrede kam zum Ausdruck, dass Gustav Heinemann aus einem anderen sozialen Umfeld stammte. Auch in diesem hatte er bereits Karriere gemacht: Im Rahmen der CDU war Heinemann in der ersten Bundesregierung Innenminister geworden, und parallel dazu hatte er an führender Stelle am Wiederaufbau der Evangelischen Kirche in Deutschland mitgearbeitet. Aus dieser Zeit stammte seine innere Überzeugung, dem ganzen Deutschland verpflichtet zu sein; nur so sah er sich im Einklang mit den nationalen und demokratischen Traditionen seiner Herkunft. Dieser gesamtdeutschen Verpflichtung, die ihn in der CDU besonders mit Jakob Kaiser verband, war Konrad Adenauer, wie Heinemann erkannte, als Politiker nicht gerecht geworden, und so sah Heinemann sich im Jahre 1950 zu einem Verlassen des Kabinetts Adenauers veranlasst.

---

<sup>92</sup> Heinemann sprach zweimal zum Antrag 109, in dem die Proklamierung der Unabhängigkeit von Staat und Kirche gefordert wurde. Heinemann wies nach, dass dies auf allen Ebenen bereits in den Verfassungen verankert ist und plädierte daher für Ablehnung des Antrags: „Es sollte sich erübrigen, das, was längst Geltung hat, hier noch einmal programmatisch zu fordern.“ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13.-15. November 1959 in Bad Godesberg, S. 125 f., vgl. auch S. 276 ff. Zum Stuttgarter Parteitag oben S. 40 f.

Erst in der reformbereiten Sozialdemokratie der späten fünfziger Jahre, geprägt vom Geist und der Person Fritz Erlers, hatte Gustav Heinemann eine Partei gefunden, die es ihm ermöglichte, in der Bundespolitik wieder tätig zu sein. Er entschied sich für die SPD nicht zuletzt auch in der Verantwortung für die zahlreichen jungen Politiker, die sich seiner Gesamtdeutschen Volkspartei seit 1952 angeschlossen hatten. Was für ihn ein Comeback in die Bundespolitik war, war für diese die Eröffnung einer politischen Zukunft auf Bundesebene. Die deutsche Sozialdemokratie wurde dadurch bereichert um eine Schicht demokratisch engagierter Christen bürgerlicher Herkunft, die diese Partei nicht nur sozio-strukturell verändern sollte.

Gustav Heinemann konnte bereits auf dem Godesberger Parteitag an der Reform der SPD mitarbeiten, an der Redaktion des Programmtextes jedoch erst in der letzten Phase. Es ist nicht einfach, dafür Nachweise zu finden.<sup>93</sup> Nur in seinem Tagebuch findet sich ein komprimierter Eintrag, in dem Heinemann seine Beiträge zum Programm in drei knappen Stichworten fixiert.<sup>94</sup> Sie sind charakteristisch für seine Reformanliegen und haben im Text des Godesberger Programms ihren Niederschlag gefunden:

- „Aus Bejahung der Marktwirtschaft – für volle Konkurrenz und gegen private Machtpositionen“: man vergleiche den 6. Absatz des Kapitels „Stetiger Wirtschaftsaufschwung“ im Godesberger Programm.
- „Aus Bejahung der Landesverteidigung – gegen Wehrpflicht und Atomwaffen“: man vergleiche das Kapitel „Landesverteidigung“.
- „Aus Bejahung der Kirchen und ihres Auftrages – gegen christliche Bemäntelung von materiellen Interessen, ungerechten

---

<sup>93</sup> Auch in den gedruckten Listen der Mitglieder der Programmkommission und der Redaktionskommission ist sein Name nicht aufgeführt; vgl. Fritz Sänger, *Soziale Demokratie. Bemerkungen zum Grundsatzprogramm der SPD*, Hannover 1960, S. 152 f.

<sup>94</sup> Tagebuch 1950-1969, PA Wichelhaus.

Ordnungen und politisch-militärischen Bündnissystemen“: man vergleiche das Kapitel „Religion und Kirche“.

Ein zentrales Anliegen Heinemanns erkennt man auch im Kapitel „Die staatliche Ordnung“, wo es heißt: „Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk.“

Im April 1969, knapp zehn Jahre nach dem Programm-Parteitag von Godesberg, kam die Sozialdemokratie wiederum zu einem Außerordentlichen Parteitag in der Stadthalle von Godesberg zusammen. Gustav Heinemann war am 5. März zum Bundespräsidenten gewählt worden und gab nun seinen Posten im Vorstand der SPD auf. Sein politisches Comeback in die Bundespolitik war im Verlauf von zwölf Jahren zu einer ungewöhnlichen Alterskarriere geworden. Als der wohl erfolgreichste Bundes-Justizminister hatte Heinemann in der Regierung der Großen Koalition mit einer Aktivität und einem Reformgeist sondergleichen das deutsche Rechtssystem verändert. Er stand nun am Beginn einer Präsidentschaft, die einen politischen Machtwechsel in der Bundesrepublik einleitete und die markante Prägungen hinterlassen sollte. Die Sozialdemokratie hatte Anlass, stolz auf ihn zu sein, und das kam in den Ansprachen von Herbert Wehner und Willy Brandt auch überzeugend zum Ausdruck.<sup>95</sup>

In Heinemanns Godesberger Abschiedsrede liest man: „In die elf Jahre meiner Zugehörigkeit zum Parteivorstand fällt insbesondere der Parteitag von 1959, mit dem die SPD ihre Entwicklung zur Volkspartei abgeschlossen und gefestigt hat. Ich freue mich, dass ich daran habe mitwirken können“. Gustav Heinemann wusste: Das Godesberger Programm markierte nicht den Anfang, wie man zumeist liest, sondern den Höhepunkt ihrer Entwicklung zu einer Volkspartei aller Schichten. Heinemann erklärte dann in einer für ihn charakteristischen Weise: „Selbstverständlich ist die SPD zu keiner Zeit am Ende ihres Weges. So

---

<sup>95</sup> Vgl. Scheu (Anm. 46) S. 91, dort auch das Folgende.

wie sie von Anfang an eine Frage an die Nation war, so ist sie es auch heute, und so ist sie es weiterhin – gerade auch angesichts unseres noch gespaltenen Volkes.“ Ist diese Spaltung heute wirklich beendet? Man kann die Sätze als ein Vermächtnis Heinemanns betrachten. Die SPD als „eine Frage an die Nation“ – so verstand Gustav Heinemann die Sozialdemokratie, und nicht nur er allein.



## Anhang

Gustav Heinemanns Rede in der 9. Sitzung des Deutschen Bundestages nach dem Stenografischen Bericht .....	54
Konrad Adenauer: Rundfunkansprache am 29. Januar 1958 (Auszug).....	60
Hanns Lilje: Anmerkungen (1958) .....	60
Presse-Artikel von Gustav Heinemann:	
23. Januar 1958 (1958).....	62
Warum zur SPD? (1957) .....	65
Der programmatische Wandel der SPD (1957).....	67
Zum Deutschlandplan der SPD (1959) .....	72
Parlamentär im Niemandsland (1958).....	77

Gustav Heinemann: Rede im Deutschen Bundestag  
Auszug aus dem Stenographischen Bericht

Deutscher Bundestag — 3. Wahlperiode — 9. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 23. Januar 1958 401

**Bundesaußenminister Dr. von Brentano**  
(A) die Bundesregierung, den Bundeskanzler, die gesamte Außenpolitik für ungläubwürdig zu erklären. Das steht niemandem hier zu.

(Lebhafte Zurufe von der SPD.)

— Meine Damen und Herren, ob Sie schreien oder nicht, ich wiederhole diese Erklärung: das ist nicht der Stil, in dem wir diskutieren wollen. Kritisieren Sie uns, aber halten Sie uns mindestens für so glaubwürdig und verantwortungsbewußt, wie Sie das für sich selbst in Anspruch nehmen!

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich sehe deswegen auch davon ab, andere Unrichtigkeiten — objektive Unrichtigkeiten — in der Rede des Herrn Kollegen Dr. Dehler richtigzustellen. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß ich hoffe, daß solche Reden nicht mehr gehalten werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der SPD.)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heinemann.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU/CSU.)

**Dr. Dr. Heinemann (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor 7 1/2 Jahren trennten sich die Wege, die der Bundeskanzler und ich nach dem Kriege zunächst gemeinsam gegangen waren.

(Zuruf von der Mitte: Schreibt jetzt jeder seine Memoiren?)

(B) Nun begegnen wir uns hier erstmalig wieder in einem Augenblick, da der Herr Bundeskanzler sagte, es habe noch nie so ernst um uns gestanden wie heute, d. h. mit anderen Worten, daß die Sicherheit der Bundesrepublik noch nie so gefährdet war und daß die Wiedervereinigung unseres Volkes noch nie so wenig in Sicht war wie gegenwärtig. An diesem Urteil ist leider vieles richtig, und dieses Urteil besagt zugleich, daß die Zeit gegen uns gearbeitet hat und daß wir alle miteinander gerufen sind, die Richtigkeit des Weges zu überprüfen, der in den letzten Jahren verfolgt wurde.

(Beifall bei der SPD.)

Das Thema des Gesprächs von 1950, als wir auseinandergingen, und von heute ist im Grunde unverändert. Damals ging es auch um Eigenmächtigkeiten des Bundeskanzlers. Er war es ja, der ohne einen Beschluß der Bundesregierung den Westmächten westdeutsche Soldaten gegen die vierte, östliche Besatzungsmacht anbot.

(Hört! Hört! bei der SPD)

so wie heute zur Erörterung steht, ob er die Bundeswehr nun auch eigenmächtig in atomare Bewaffnung verstricken wird.

Im Jahre 1950 ging es um die Frage Bundespolizei oder Aufrüstung. Auch damals rumorte in den Köpfen — ich muß mich wirklich wundern, daß das immer noch der Fall ist — Korea. Die Koreageschichte sieht anders aus, als sie damals erzählt wurde.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

(C) Ich will nur schnell das allerletzte Stück aus der Koreageschichte hinzutragen. In diesem Januar hat der Generalstaatsanwalt von Südkorea die Koreanische Fortschrittspartei für ungesetzlich erklärt, weil sie die friedliche Wiedervereinigung Koreas betreibt, das Ziel der Politik Syngman Rhee aber nur die Wiedervereinigung mit Gewalt, mit Krieg, ist. Ich hoffe, daß man die Freundschaft mit Südkorea nicht auch hierauf ausdehnt.

Meine Damen und Herren, wir haben heute dieselbe Schwarzmalerei vernommen wie damals. Aber ich sage Ihnen: das beeindruckt nachgerade nicht mehr.

(Sehr wahr! bei der SPD.)

Denn auch mir geht es, wie es Herrn Dehler gegangen ist. Das Vertrauen ist zerbrochen, und die Wahrheiten, die nun nachgerade ausgesprochen worden sind und zu denen ich einige hinzufügen werde, sind bitter. Es wird nicht genügen, sehr verehrter Herr von Brentano, daß Sie das mit einer großen Geste zurückweisen, anstatt zu den vorgelegten Tatsachen Stellung zu nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und FDP.)

Der erste politische Konflikt in der ersten Bundesregierung ergab sich über die Frage, ob die Bundesrepublik dem Europarat beitreten sollte. Darüber gab es im Mai 1950 in der Bundesregierung eine stundenlange Aussprache. Jakob Kaiser und ich waren gegen diesen Beitritt, weil er geeignet erschien, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Nach stundenlanger Beratung im Kabinett wurde eine Kompromißformulierung gefunden, und drei Wochen später erlebte ich in der Bundesratsitzung, daß der Berichterstatter einen anderen Text vortrug, als die Bundesregierung ihn beschlossen hatte!

(Hört! Hört! bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Das ist Konrad Adenauer!)

Der zweite Konflikt, der entscheidende, ergab sich aus dem eigenmächtigen Angebot der Aufrüstung.

Meine Damen und Herren, Herr Dehler ist besonders auf die Vorgänge vom März 1952 zu sprechen gekommen, als die Sowjetunion anbot: Wiederherstellung der deutschen Einheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, freie wirtschaftliche Entwicklung, nationale Streitkräfte für ein wiedervereinigtes Deutschland, Aufnahme in die Vereinten Nationen, gesamtdeutsche Regierung, hervorzugehen aus freien Wahlen, alles das unter der Bedingung, daß Deutschland sich nicht an Militärbündnissen beteilige.

Verehrte frühere Freunde aus der CDU! Als diese Note der Sowjetunion 1952 auf den Tisch kam, gab es in Ihren Reihen eine weite Zustimmung zu dieser Note. Damals tagte in den gleichen Tagen des März 1952 der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Siegen. Sie können im CDU-Informationsdienst über diese Tagung nachlesen, daß dort ausgesprochen wurde:

Wir sehen in der Note der Sowjetunion vom 10. März 1952 einen Erfolg der Politik der Bundesregierung, da damit ein Gespräch zwischen

(A) Dr. Dr. Heinemann

den Mächten veranlaßt wird, auf denen die Verantwortung für die Teilung Deutschlands ruht. Wir bitten die Bundesregierung, bei ihren Beratungen mit den Westmächten sich dafür einzusetzen, daß auch diese nichts unversucht lassen, das von ihnen gleichfalls bejahte Ziel der deutschen Wiedervereinigung zu verwirklichen.

Was wurde aus diesem Appell des Evangelischen Arbeitskreises? Der Herr Bundeskanzler hat damals, als die Note ihm bekannt wurde, gleich wegwerfend gesagt — wie ja immer, wenn so etwas passiert —: „Belanglos“. Er nahm in Siegen zu dem Arbeitsergebnis des Evangelischen Arbeitskreises selbst Stellung und sagte: Der Westen muß erst stärker werden, ehe wir in eine Verhandlung eintreten können! Noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen! Und als Inhalt dieser anzustrebenden Verständigung beschrieb er: Wiedervereinigung Deutschlands sowie Bereinigung und Neuordnung im Osten.

(Abg. Dr. Mommer: Hört! Hört!)

Was hieß das?

Wenige Tage vorausgegangen war die Rede des Bundeskanzlers vor dem CDU-Tag in Heidelberg am 1. März 1952, wo er mit aller Klarheit gesagt hatte: „Erst stärker werden“, und dann sollte es gehen, so hieß es wörtlich, „um die Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa“. Ebenso hieß es im Rundfunk in einer Rede vom 5. März 1952, es gehe nicht nur um die Ostzone; es gehe darum, ganz Osteuropa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien.

(B) Kaum wurde eine Möglichkeit sichtbar, mit der Sowjetunion wirklich weiterzukommen, da war auch schon der ganze Übermut, die ganze Hybris wieder im Spiel, es uns als Aufgabe zuzuschreiben, ganz Osteuropa neu zu ordnen.

(Abg. Dr. Krone: Ach! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Ja, Herr Dr. Krone, ich verweise Sie wörtlich genau auf die Reden von damals. Was heißt denn das: „ganz Osteuropa östlich des Eisernen Vorhangs befreien“? Das war doch schon der Anlauf auf die Zumutung an die Sowjetunion zur Kapitulation.

(Sehr wahr! bei der SPD.)

Dem Volke hier gegenüber wurde das alles zuge deckt durch eine ungewöhnlich verheerende Parole, verheerend, weil sie in einer tückischen Weise das Richtige und das Falsche miteinander vermengte, nämlich die Parole: „Zuerst freie Wahlen!“ — Gewiß, freie Wahlen wollen wir alle. Aber zu sagen „zuerst“ — das mußte genau den Weg zu diesen Wahlen verschließen. Wenn Herr Dr. Gradl heute morgen hier gesagt hat, daß es ihm nicht im Sinne stehe, daß die freien Wahlen der Anfang seien, sondern daß sie das Ergebnis von mancherlei Zwischenbemühung sein müßten, so kann ich nur dankbar zur Kenntnis nehmen, daß diese Einsicht mittlerweile da ist. Aber 1952 hieß es und noch lange danach: „Zuerst freie Wahlen“, also eben nicht voraufgehend die Lösung der militärischen, strategischen Fragen in bezug auf das mitteleuropäische Gebiet.

(C) (Abg. Dr. Bucerius: Herr Dr. Heinemann, Herr Professor Schmid hat uns gesagt, daß er damals die gleiche Denkweise gehabt habe!)

— Das mag ja sein, und trotzdem: die Wahrheit, auch wenn sie eine Geschichte hat, ist deshalb nicht falsch.

(Zuruf von der CDU/CSU: Diese Auffassung haben alle gehabt!)

— Entschuldigen Sie gütigst, nicht alle haben das damals so trompetet wie Sie von der CDU, ich jedenfalls nicht!

Zu den „freien Wahlen“ will ich noch folgendes sagen. Es gab auch einmal einen Augenblick — längst vor der Bundesrepublik —, wo die Sowjetunion die freien Wahlen anbot, nämlich 1947, wo sie eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung aus Wahlen entstehen lassen wollte. Damals sagte der englische Außenminister Bevin: „Ich bin nicht gewillt, die Sicherheit Englands einer Volksabstimmung durch die Deutschen auszusetzen.“ Also: von der westlichen Seite so gut wie von der östlichen Seite in bezug auf freie Wahlen von Anfang an die Überlegung: was hat das für Sicherheitsauswirkungen für uns Besatzungsmächte? Für die Westmächte so gut wie für die östliche Besatzungsmacht liegt der Schlüssel zu jeder Änderung hier in Deutschland bei den Sicherheitsfragen. Erst wenn wir über diese hinwegkommen, kommen wir im deutschen oder mitteleuropäischen Bereich zu politischen Ordnungen.

(Beifall bei der SPD.)

(D) Aber jedenfalls 1952, als die Sowjetunion diese Offerte auf den Tisch legte, von der ein großer Teil der CDU damals sagte, das sei ein Erfolg und darauf solle man zugehen, wurde vom Bundeskanzler der Weg verfolgt: erst stärker werden! Nicht wahr? Der stärkste Bundesgenosse, der Amerikaner, ist ja auf unserer Seite.

1953 traten Eisenhower und Dulles ihr erstes Regiment in den Vereinigten Staaten an, und der Herr Bundeskanzler machte seinen ersten Besuch bei dem amerikanischen Präsidenten. Verehrte Freunde von der CDU, haben Sie in Erinnerung, was auf Ihrem Parteitag in Hamburg im April 1953 von dem unmittelbar von Amerika nach Hamburg zurückgekommenen Bundeskanzler gesagt wurde — wörtlich, Informationsdienst der CDU, 29. April 1953 —:

In unserer Hand, in der Hand der CDU und CSU zusammen mit den beiden anderen Koalitionsparteien,

— damals waren die Freien Demokraten noch dabei, die mittlerweile von ihrem Ausflug in die Politik der Stärke zurückgekehrt sind —

liegt bei der zukünftigen Wahl in Wahrheit das Schicksal der Welt. ... Die Nachwelt wird einmal darüber das Urteil fällen, ob in der Bundesrepublik Deutschland sich in diesem historischen Jahr 1953 Männer und Frauen zusammengefunden haben, die erkannt haben, daß Deutschland jetzt tatsächlich im Mittel-

(A) Dr. Dr. Heinemann

punkt des Weltgeschehens steht und daß es von uns abhängt, ob die Welt Frieden bekommt. . . . Sternstunden der Menschheit sind nur einmal da; wenn man sie ungenutzt verstreichen läßt, kehren sie nicht wieder.

Richtig an alle dem ist nur das allerletzte: daß die Stunde, die man verstreichen läßt, nicht wiederkehrt.

(Beifall bei der SPD.)

Wo sind die Sprecher der CDU, die heute noch sagen wollen: „Sternstunden der Menschheit“, „Deutschland im Mittelpunkt des Weltgeschehens“?

Im Januar 1954 folgte die **Berliner Konferenz**. Haben Sie in Erinnerung, was die Bundesregierung damals auf sämtlichen Plakatsäulen in der ganzen Bundesrepublik als Anrede an diese Berliner Konferenz plakatierte? Nämlich die drei Thesen: „Freie gesamtdeutsche Wahlen“ — jawohl; „Verfassungsgebende Nationalversammlung“ — jawohl; „Gesamtdeutsche Regierung mit völliger Handlungsfreiheit“ — da steht es wieder; da sollte wieder einmal überrannt werden, was die Besatzungsmächte an Sicherheitserfordernissen uns gegenüber erheben, ehe sie Wahlen, Nationalversammlung, gesamtdeutsche Regierung und all dergleichen zulassen.

Eine letzte Chance, lediglich über die Sicherheitsfragen zu einer Wiedervereinigung zu kommen, war im Winter 1954/55, eingeleitet durch eine **Note der Sowjetunion vom 23. Oktober 1954**, in der noch einmal die Vorschläge vom März 1952 auflebten, nämlich der Vorschlag einer Viererkonferenz, freier Wahlen in Deutschland unter internationaler Kontrolle, aber alles unter der Bedingung, daß eine Einigung über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands erreicht werde. Und die Antwort des Westens: „Erst die Pariser Verträge! Die Sowjetunion wird hinterher auch noch verhandeln. Lassen wir uns nicht einschüchtern! Erst stärker werden!“ Das war die Antwort.

Wie sieht denn nun das Ergebnis eben dieser ganzen Politik heute aus? Sie müssen ja selber sagen, daß die DDR stärker im Spiele ist als je zuvor. Wahrscheinlich fühlte die Sowjetunion in all diesen Jahren, daß ihr mehr und mehr an Stärke zuwuchs. Das heißt mit anderen Worten, daß die Politik der eingebildeten Stärke das Spiel der Sowjetunion gespielt hat,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

daß diese Politik der eingebildeten Stärke, während der man die Chancen ausließ, der Sowjetunion die Zeit gab, aus dem Handicap herauszukommen, das doch noch so lange für sie bestand, als sie keine Wasserstoffbomben, keine Raketen usw. hatte. Heute ruft die CDU, ruft die Bundesregierung nach der **Viererkonferenz**. Als der Osten sie anbot, war die wegwerfende Antwort: „Belanglos!“ Herr Bundeskanzler, was Sie in diesen Jahren betrieben haben, war die gleiche Politik der Preissteigerung in der deutschen Politik, wie wir sie auch hier in der Wirtschaft erleben.

(Beifall bei der SPD.)

Ich erachte es für die historische Schuld der CDU, daß sie bis zum Jahre 1954 in dieser leichtsinnigen Weise die damaligen Möglichkeiten ausgeschlagen hat, denen wir heute nachtrauern müssen.

(Sehr wahr! bei der SPD.)

Wie lange wollen Sie dieses Spiel noch fortsetzen? Wie lange noch?

Herr Dr. Gradl hat heute morgen namens der CDU mit sehr viel sachlicher Berechtigung auf die Zustände in der DDR hingewiesen. Herr Dr. Gradl, wir begegnen uns jetzt nach zehn Jahren erstmalig wieder. Uns beide haben die Nachkriegsjahre zusammengeführt zu einer Zeit, als Sie in der Führung der **ostzonalen CDU** standen, als Sie 1946, 1947 Parteitage und andere Konferenzen in Ost-Berlin veranstalteten und immer wieder CDU-Freunde aus dem Westen einluden. Manch einer ist hier, der gleich mir diesen Einladungen folgte. Aber e i n e r ist diesen Einladungen damals nicht gefolgt. Es ging darum — das war der Wunsch der ostzonalen CDU-Freunde —, einen Rückhalt an den westdeutschen CDU-Mitgliedern und Organisationsvertretern zu gewinnen. Einer beteiligte sich nicht daran, und als genau vor zehn Jahren, im Dezember 1947, die Schlußrunde zwischen Jakob Kaiser und Ernst Lemmer und den Sowjets um die Führung der ostzonalen CDU gespielt wurde, als Sie, Dr. Gradl, wieder einmal Freunde aus dem Westen aufgeboten hatten, an dieser Schlußrunde teilzunehmen, war Dr. Adenauer wiederum nicht dabei. Ich habe mein Lebtag nicht vergessen, wie bitter Sie, Herr Dr. Gradl, sich im Dezember 1947 uns Westdeutschen gegenüber beklagten, daß es nicht zu einer gesamtdeutschen CDU gekommen sei.

(Abg. Wehner: Hört! Hört!)

Die Hausmacht in der britischen Zone stand hindernd im Wege.

Heute klagen Sie — und ich kann nur sagen, mit viel sachlicher Berechtigung — über die Zustände in der **Deutschen Demokratischen Republik**. Sie haben insbesondere die schweren **Auseinandersetzungen** erwähnt, die dort mit der Kirche im Gange sind. Aber, lieber und verehrter Herr Dr. Gradl, darf ich Sie mal eins fragen. Erachten Sie es für gut, daß der Westen unter dem Schild und der Parole einer christlichen Front aufmarschiert? Wir hatten 1950 eine Synode der Evangelischen Kirche in Elbingerode, bekanntlich im östlichen Teil des Vaterlandes. Da hat einer der Sprecher auf dieser Synode gesagt: Ihr Westdeutschen, tut uns doch den Gefallen, macht das, was ihr politisch vorhabt, nicht unter dieser **christlichen Parole**; denn das hat zur Folge, daß wir hier in der Ostzone als 5. Kolonne des Westens angesprochen und behandelt werden.

(Zustimmung bei der SPD.)

Die politische Differenz ist ja tief genug. Wozu muß sie mit dieser christlichen Parole überkleidet werden?

Ein Letztes, Herr Dr. Gradl! Es ist ja heute auch manchmal von allerlei Presseerzeugnissen, von der Provinzpresse und dergleichen, die Rede gewesen.

Dr. Dr. Heinemann

(A) Es gibt ein Blatt „Evangelische Verantwortung“, herausgegeben vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU. In der Nummer vor der Wahl, der Nummer vom August 1957, war eine Zuschrift zu lesen, wonach der Westen ja noch eine Waffe gegen das „Untier im Osten“ habe und diese Waffe die aufhaltende Macht im Sinne des 2. Thessalonicher-Briefes gegen den Antichristen sei. Ich bitte Sie herzlich, verehrte Freunde von der CDU und dem evangelischen Teil darin: sorgen Sie doch dafür, daß solche Klänge endlich verschwinden. Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sondern?)

— Sondern? Es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle.

(Stürmischer Beifall bei der SPD und der FDP. — Unruhe in der Mitte.)

Meine Damen und Herren! Unsere politische Aufgabe nach dem Krieg war von Anfang an und ist bis zur Stunde eine doppelte, und das heißt mit anderen Worten, um ein wesentliches Stück schwerer, als die CDU sie uns vorstellt. Sie ist eine doppelte, nämlich das harte, das unerschütterliche Nein zum totalitären System zu verbinden mit dem Ja zur Nachbarschaft der totalitär regierten Ostvölker.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

(B) Das müssen wir miteinander fertigbringen, dieses Nein und gleichzeitig dieses Ja. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler nie und keinen Augenblick vorgeworfen, daß er mit den westlichen Nachbarn einen Ausgleich betrieb. Das war unerlässlich. Aber ich habe ihm immer vorgeworfen und tue es auch in dieser Stunde, daß er mit diesem westlichen Ausgleich neue Ostfeindschaft verbunden hat, in der Art, wie geredet wurde, von ihm und seinen Mitarbeitern bis tief in die Reihen der CDU hinein, und in der Art, wie gefordert wurde: Neuordnung usw. Bis wohin denn?

Diese doppelte Aufgabe endlich anzufassen, das ist das Gebot der Stunde, und dem gilt alle Bemühung um eine neue Überlegung, nachdem Sie ja selber sagen müssen: Es stand noch nie so schlecht um uns wie heute. Die Rüstung löst diese Doppelheit der Aufgabe nicht. Ehe die zwölf westdeutschen Divisionen da sind, sind ja zwölf westalliierte längst aus Europa abmarschiert, und vor allen Dingen haben die Sowjets längst das Tausendfache an Waffenkraft aus dem dagegen entwickelt, was sie heute haben. Das ist doch die Bilanz des ganzen Rüstungswettlaufs, oder ich will sagen: dieses dreifachen Wettlaufs in neuen Waffen, in alten Waffen und in der Wirtschaftshilfe gegenüber den Völkern in aller Welt. Dieser dreifache Wettlauf trägt sich nicht mehr aus. Wenn man diesen Weg trotz dieser Gegebenheit, trotz dieser Erkenntnis heute immer noch fortsetzen will, dann muß allerdings auch ich sagen: Wer Deutschland immer noch tiefer spalten will, kann es nicht besser machen als in Fortsetzung immer noch dieses Weges.

(Beifall bei der SPD und FDP.)

(C) Herr Bundeskanzler, für mich persönlich bedeutet dieses alles an Sie die Frage, ob Sie nicht nachgerade zurücktreten wollen.

(Beifall bei der SPD und FDP. — Lachen bei der CDU/CSU. — Zurufe.)

— Warum, Herr Bundeskanzler? Ich bitte Sie, das jetzt einen Augenblick zu hören. Ich verstehe zur Genüge, daß Sie sich in eine politische Sicht und in einen politischen Weg begeben haben, von denen Ihnen persönlich der Rückweg schwerfällt. Das verstehe ich. Dafür haben Sie vieles darangesetzt, die Dinge dahin zu entwickeln, wohin Sie sie geführt haben. Aber ich meine, daß eine ruhige Überlegung und Prüfung der gesamten Gegebenheiten es nachgerade nahelegen sollten, den Weg freizugeben für andere Kräfte, die nun aus dieser Gegebenheit wirklich und glaubwürdig das entwickeln, was geboten ist.

Ich verbinde damit an die früheren Freunde der CDU nun noch eine ganz besonders ernste Frage im Hinblick darauf, daß sie christliche Politik zu treiben angetreten sind. Ich meine dieses: Es soll ja nun — und das ist doch wohl klar durchzufühlen durch alles, was wir heute hier gehört haben — die Fortentwicklung auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hingetrieben werden. Früher konnte man sicher sein, wenn man so stark war, den Gegner zerschlagen und erschlagen zu können. So stark ist der Westen heute auch. Aber er würde darüber selbst zerschlagen werden, und das bedingt die Notwendigkeit eines gründlichen Umdenkens. Dazu sind wir, wir Deutschen in dieser Mittellage, in diesem Eingeklemmtsein vielleicht mehr berufen als andere Völker.

(D) Nun erstaunt es mich, nein, ich muß so sagen: es macht mich bis ins tiefste betroffen, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie im Begriff sind, auf eine **atomare Bewaffnung** hier in Deutschland zuzugehen. Steht Ihnen überhaupt nicht zur Überlegung — und zwar so zur Überlegung, daß Sie sich vertrauen möchten, das hier auch einmal auszusprechen —, daß die Massenvernichtungsmittel von heute einfach keine Waffen mehr sind? Herr von Brentano hat das am vergangenen Sonntag in seiner Berliner Rede laut Bulletin sogar wörtlich so gesagt. Wenn das eben keine Waffen mehr sind, sondern wenn das etwas ganz anderes ist, dann können Sie doch unmöglich in dieser Selbstverständlichkeit auf solch eine „Bewaffnung“ zugehen.

Die Warnungen davor werden immer dringender. Ich muß es beklagen, daß der Herr Bundesverteidigungsminister hier von einer „Panikmache“ redet. Verehrter Herr Dr. Strauß, Albert Schweitzer ist kein Panikmacher, die 18 Göttinger sind keine Panikmacher,

(lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

die 9000 Wissenschaftler aus 40 Ländern, die gerade eine Eingabe an die Vereinten Nationen eingereicht haben, sind keine Panikmacher!

Aber die Geister scheiden sich nicht in den Erklärungen, sondern in den Konsequenzen, die sie

Dr. Dr. Heinemann  
(A) mit den Erklärungen verbinden. Das Aufregende an der Erklärung der 18 Göttinger war, daß sie ein persönliches Engagement mit ihrer Erklärung verbinden, indem sie nämlich sagten: Keiner von uns ist bereit, sich an Herstellung, Erprobung oder gar an dem Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen. Da wurde die allgemeine Linie verlassen —

(Zuruf von der Mitte)

— auch in der Sowjetunion gibt es einen gewissen Kapizka, der genauso erklärt hat —, daß man allgemein warnt, daß man anderen zuredet und dann wartet, was die anderen tun oder nicht tun. Hier wurde etwas Persönliches gesagt: Wir tun nicht mit.

Nun beobachten Sie doch bitte einmal, wie diese Bewegung in steigendem Maße um sich greift, insbesondere im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ich weise im Augenblick auf die Erklärung hin, die die sechs Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR im April 1957 abgaben, in der sie einen Dank an die Göttinger Professoren aussprachen und einen Dank an die ostdeutschen Atomforscher, die ähnliche Erklärungen abgaben, wo sie sagten:

... In den Massenvernichtungsmitteln werden Gottesgaben ... mißbraucht, wird der Mensch verraten. Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen. Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinde bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Achtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen.

(B) Diese Erklärung, die also zunächst von den Dekanen der theologischen Fakultäten in der DDR ausging, wurde alsbald von sämtlichen Bischöfen der evangelischen Gliedkirchen in der DDR einschließlich des Bischofs Dibelius in Berlin aufgegriffen. Sie wurde von einer Mehrzahl von Kirchenleitungen hier aus Westdeutschland aufgegriffen, und sie wurde in besonderer Weise vor sechs Wochen auf einer Synode der Kirchen der Union aufgegriffen. Aus dieser Entschließung von west- und ostdeutschen Kirchen auf einer Tagung in Berlin lese ich folgende Sätze vor:

Die Synode bekennt sich zu der vergebenden Langmut Gottes, der seinen Menschen auch in den notvollsten Verhältnissen das Leben schenkt und erhalten will bis an den Tag, an dem Er selbst die Welt und ihre Geschichte an sein Ziel bringt. Darum verwirft die Synode alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie durch irgendwelche Zwecke rechtfertigen zu wollen. Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Falle verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden. In ihrer Mitverantwortung für den Frieden in der Welt und für die Heilung des Risses, der durch unser Volk geht, warnt die Synode nicht nur vor einer Fortsetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens der Weltmächte, sondern insbesondere auch vor einer atomaren Be-

waffnung deutscher Armeen. Sie warnt jeden einzelnen, in dieser Sache durch Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott und den Menschen schuldig zu werden. (C)

Und immer noch weiter rollt das. Im Januar dieses Jahres tagte z. B. die Synode der Evangelischen Kirche Rheinland in Rengsdorf. Auch sie nahm diese Erklärung wieder auf, und so könnte ich Ihnen eine steigende Fülle derartiger Erklärungen aus dem kirchlichen Bereich vorlegen. Etwa noch drei Sätze aus einer Erklärung der rheinischen Pfarrbruderschaft:

Es ist Illusion, von den Massenvernichtungsmitteln die Erhaltung von Frieden und Freiheit zu erwarten. ... Darum verpflichten wir uns, auf dem Wege der atomaren Bewaffnung nicht einen einzigen Schritt mitzugehen. Darum werden wir das Gewissen der uns anvertrauten Menschen in der Erkenntnis schärfen, daß kein Zweck die Herstellung oder Anwendung von Massenvernichtungsmitteln rechtfertigt.

Seien Sie versichert, nein, seien Sie sich darüber klar, daß diese Entwicklung noch weiterschreiten wird! Als Beleg dafür nenne ich nur die Entschließung der Württembergischen Landeskirche vom November vorigen Jahres, wo gesagt wird, daß die Christenheit unausweichlich vor der Aufgabe steht, zu klären, ob sie sich an Massenvernichtungsaktionen beteiligen darf, auch wenn sie zur Verteidigung des Lebens und der Freiheit nötig erscheinen. Die Württembergische Landeskirche hat in ihrer Erklärung gesagt, daß die gesamtevangelische Kirche insbesondere die Fragen des Kriegsdienstes für den Christen in heutiger Zeit zu einer gründlichen Überprüfung führen möge. Seien Sie sich klar darüber, daß hier eine Entwicklung im Gange ist, die sich weiter ausbreiten wird und die letzten Endes uns alle, aber sonderlich eine christliche Partei immer wieder vor die Frage zwingen wird: Wie wollen wir das rechtfertigen, jemals etwa zu solchen Waffen — sogenannten — zu greifen?

Herr Bundeskanzler, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat Ihnen Ende vorigen Jahres — im November — ebenso wie der Regierung in Ostberlin den Beschluß des Zentralausschusses des Weltkirchenrates in New Haven, Vereinigte Staaten, unterbreitet, und darum nachgesucht, mit dem Rat der Evangelischen Kirche darüber in ein Gespräch einzutreten. In diesem auch Ihnen unterbreiteten Beschluß des Weltprotestantismus — angeschlossen sind auch orthodoxe Kirchen usw. — steht — ich lese nur zwei Sätze — u. a.:

Die Verurteilung solcher Methoden stützt sich auf die Tatsachenerkenntnis, daß der Krieg, in dem alle Methoden erlaubt sind, mit dem Gewissen der Menschheit einfach nicht zu vereinen ist. Wir glauben, daß die Anwendung derartiger Kriegsmethoden unausweichlich eine Erniedrigung der geistigen Würde des handelnden Volkes bedeutet.

Die Regierung der DDR hat auf diesen Beschluß in einem Schreiben und in einer Erklärung in der Volkskammer geantwortet. Ich darf die Hoffnung

(A) Dr. Dr. Heilmann

aussprechen, daß die Bundesregierung auch in einiger absehbarer Zeit Gelegenheit findet, darauf zu antworten. Das sage ich ohne jeden Ton des Vorwurfs. Ich weiß, daß besondere Behinderungen vorliegen. Aber die Hoffnung darf ich aussprechen.

Verehrte frühere Freunde von der Christlich-Demokratischen Union! Ich appelliere hier unter besonderem Hinweis auf Erklärungen aus kirchlichem Kreise an Sie mit der Frage, ob oder wie Sie glauben verantworten zu können, auf Massenvernichtungsmittel zuzuschreiten, von denen auch Herr von Brentano sagt, daß sie keine Waffen mehr seien. Sie werden nicht etwa mit dem Satz durchkommen, daß eine solche atomare Bewaffnung zwangsläufig sei, weil andere Mächte, weil die Sowjetunion solche Massenvernichtungsmittel besitze, „Zwangsläufig“ — das ist eine atheistische Denkkategorie!

(Beifall bei der SPD.)

Von Zwangsläufigkeit kann nur derjenige sprechen, für den Gott nicht mehr im Weltregimente sitzt.

(Zurufe von der Mitte: Notwehr!)

— Diese Dinge will ich jetzt nicht bis ins letzte vertiefen. Ich höre den Zwischenruf „Notwehr“. Nehmen Sie einmal zur Hand, was der Professor Gollwitzer, der ja bis vor kurzem in Bonn gewirkt hat, dazu in seinem Vortrag vor der Bonner Studentenschaft im Juli gesagt hat! So billig kommt niemand davon — niemand —, daß hier einfach gesagt wird „zwangsläufig“ oder „Notwehr“ oder dergleichen.

(B) Es wird auch nicht gelingen, die Menschen hierzulande an die Massenvernichtungsmittel einfach zu gewöhnen, so wie man ihnen die Aufrüstung nach 1950 angewöhnt hat. Seien Sie sich klar darüber. Ich spreche hier gar keine Drohungen aus, das liegt mir völlig fern. Ich möchte nur dazu helfen, daß hier nicht auf irrtümlichen Grundlagen, auf brüchigen Grundlagen politisch gehandelt wird. Seien Sie sich klar darüber, daß das, was der Herr Strauß „Panikmache“ nennt, einer tiefen, nur zu begründeten, unüberwindlichen Furcht im Volke entspringt, daß hier ein Verhängnis heraufzieht, dem man sich entgegenstellen wird, so wie etwa das japanische Volk es tut, so wie etwa im Augenblick die Engländer sich dagegen auflehnen, daß ununterbrochen mit Atom- und Wasserstoffbomben ausgerüstete Flugzeuge über ihrem Vaterland umherkreisen.

(Abg. Kiesinger: Die Engländer!)

Das, was hier Panikmache genannt worden ist — ich kann diesen Ausdruck nur tief bedauern —, wird nicht weggewischt werden können, einfach weil hier die Wunden, die Sorgen viel zu tief brennen, viel zu echt sind; hier wird sich etwas mobilisieren.

Meine Damen und Herren, Sie haben heute in der Aussprache von den Sprechern der Opposition immer wieder zu hören bekommen, daß wir es leid sind, von Ihnen, von den Regierungsgruppen immer, wenn dies oder das gesagt oder vorgeschlagen wird, als Antwort zu erhalten, das sei belanglos, Störmanöver, Propaganda, Panikmache, „Keine Zeit zum Lesen“, und wie das alles heißt. Nehmen Sie

(C) bitte zur Kenntnis, daß niemand von uns irgendwie Apologet von Ostvorschlägen ist. Das haben wir gar nicht nötig. Aber uns treibt die Sorge, daß hier Versäumnisse geschehen. Sie werden uns unablässig am Werke finden, hier die Initiative, wenn Sie so wollen, auch die Phantasie anzuregen und zu beflügeln, damit wir über den toten Punkt hinwegkommen, ehe denn die Katastrophe vollends da ist und Sie uns noch einmal wieder sagen, es sei noch böser um uns bestellt und es sei noch viel risikoreicher geworden usw., wie wir das von Ihnen bis dato zu hören bekamen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP.)

Halten Sie uns bitte auch nicht entgegen, daß auch das, was wir wollen, daß auch das, was wir anregen, mit Risiken verbunden sei. Das wissen wir selbst. Aber das Kriegsrisiko, das hier so drohend vor uns steht, das wird uns munter machen und, wie ich meine, auch willig machen müssen, ein anderes Risiko, ein Risiko friedlicher Begegnungen und Auseinandersetzungen einzugehen. Denn jedes Risiko ist geringer als das Risiko des Krieges.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP.)

Wiederholen Sie bitte auch nicht den Satz, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihrer Politik den Untergang Deutschlands verursachen werde. Die Bundesrepublik ist nicht Deutschland. Sie, verehrte Damen und Herren, haben Deutschland nicht wiederhergestellt; wieso sollte ein anderer Deutschland untergehen lassen können?!

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP.) (D)

Der Untergang Deutschlands — das ist unsere Sorge — kann kommen, wenn nicht endlich wenigstens mit dem Wettrüsten Schluß gemacht wird, wenn nicht endlich einmal in all diesen Entwicklungen, von denen Sie selber sagen, daß sie sich bis heute zum Bösen ausgetragen haben, ein Stopp und ein Haltepunkt kommt. Das ist es, was uns veranlaßt hat, auf Rapacki-Plan, auf Kennan-Vorschläge und dergleichen hinzuweisen als eine Möglichkeit, wenigstens einen Ansatz zu finden, eine Möglichkeit, die ausgestaltet werden muß.

Ich will alles mit einem einzigen Satz zusammenfassen. Die Verdünnung des militärischen Aufmarschs in alten, sogenannten klassischen Waffen ist in Europa längst im Gange; lassen Sie bitte davon ab, diese Verdünnung in alten, klassischen Waffen aufzufüllen mit Atomwaffen! Darum geht es uns.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP.)

**Präsident D. Dr. Gerstenmaier:** Zunächst bedaure ich feststellen zu müssen — inzwischen ist mir wieder ein Stück Protokoll vorgelegt worden —, daß Sie, Herr Abgeordneter Dr. Dehler, den Herrn Abgeordneten Dr. Kliesing einen Lügner genannt haben.

(Abg. Dr. Dehler: Herr Präsident, — —)

Rundfunkansprache von Bundeskanzler Adenauer am 29. Januar 1958 (Auszug)

Von vielen Seiten bin ich gefragt worden, warum ich auf die Vorwürfe und die Beschimpfungen des Abgeordneten Dr. Dehler in der Bundestagssitzung am 23. Januar nicht sofort geantwortet habe. Ich habe es nicht getan, weil das Niveau der Debatte vor und nach Mitternacht durch die Schuld der beiden früheren Bundesminister, die Abgeordneten Dehler und Heinemann, so tief gesunken war, dass eine ernsthafte Debatte nicht mehr möglich schien.

Der Gedanke daran, was die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone, die das schwere Los der Unfreiheit zu tragen haben, denken, wenn Vertreter der SPD und der FDP behaupten, die Bundesregierung und an ihrer Spitze der Bundeskanzler sowie die Mehrheit des Bundestages erstrebten nicht mit aller Kraft und mit heißem Herzen die Wiederherstellung der Freiheit aller Deutschen, erfüllt mich mit Schmerz und Sorge. Aus rein parteipolitischen Erwägungen und um der Regierungskoalition und dem Bundeskanzler zu schaden, haben die Abgeordneten Dehler und Heinemann sich nicht gescheut, eine Frage, die eine Herzensangelegenheit aller Deutschen ist, in maßloser Leidenschaft zu zügellosen Angriffen zu missbrauchen. Ich bin seit 1949 im Bundestag. Ich habe noch keine Sitzung erlebt, die jeden Deutschen mit solcher Empörung und mit echtem Schmerz erfüllen muss. ...

(Dokumente zur Deutschlandpolitik III, 4, S. 445; vgl. dazu S. 14 f.)

Hanns Lilje: Anmerkungen

Die mitternächtliche Bundestagsrede Dr. Heinemanns darf nicht im Strom der politischen Kommentare untergehen. ... Das erste hervorragende Kennzeichen der Rede Heinemanns, das in einer in unserer Parlamentsgeschichte ganz seltenen Reinheit hervortrat, war ihre Sachlichkeit. Der völlige Verzicht auf die üblichen Elemente parlamentarischer Rhetorik, die schmucklose Rede-

---

weise, die fast staatsanwaltliche Beschränkung auf Fakten und Dokumente haben die Wirkung dieser Rede ungewöhnlich vertieft. Das kam darin zum Ausdruck, dass diese mitternächtliche, in der Nervenkraft überanstrengte parlamentarische Versammlung zeitweilig in betroffenem, atemlosem Schweigen zuhörte. Und Heinemann selbst machte zugleich deutlich, dass das, Werksemester er sagte, nicht aus politischen Zweckmäßigkeits-erwägungen, sondern aus dem Gebot seines Gewissens entsprang. Es war ein wirkungsvoller Augenblick, als er, ohne alle Demagogie ... direkt und unmittelbar den Kanzler zum Rücktritt aufforderte – wie konnte es geschehen, dass nicht einer aus der Führungshalanx der größten Partei mit der gleichen ethischen Kraft antwortete? Die Repliken waren matt – die Stunde gehörte dem anklagenden Dr. Heinemann.

Das zweite Merkmal dieser Rede war ihre christliche Ausrichtung. Gerade ihretwegen ist Heinemann von einigen nachfolgenden Rednern gerügt worden. Sicherlich zu Unrecht. Das gegenwärtige deutsche Parlament hat eine so unmittelbare und substantielle christliche Redeweise wahrscheinlich noch nicht gehört. Heinemanns Satz „Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben“, der - leider! - noch oft zitiert werden wird, kann von einem Christen nur vorbehaltlos bejaht werden. Man kann ihn gewiss nicht mit lehrhaften Hinweisen auf Takt-Fragen beantworten, sondern höchstens, indem man klar zu sagen versucht, warum ein solcher Satz nicht als Basis konkreter politischer Entscheidungen verwendbar ist. ... Aber Dr. Heinemann wird man nicht bestreiten können, dass er nicht in einer vagen kulturprotestantischen Manier, sondern aus verbindlichem, christlichem Denken heraus gesprochen hat. Darin liegt die ungewöhnliche Bedeutung seiner Rede, dass er ein Parlament, das sich als Teil des „christlichen Abendlandes“ versteht, durch seine Fragestellung gezwungen hat, angesichts einer großen, die Menschheit ängstigenden Entscheidung deutlich zu sagen, wie es seine Christlichkeit versteht.

Auch wer nicht ohne weiteres die politischen Konsequenzen bejaht, die Dr. Heinemann aus seinen christlichen und politischen Überzeugungen zieht, kann das hohe geistige und ethische Niveau dieser Rede nicht überhören. ...

(„Sonntagsblatt“ Nr. 5, 2. Februar 1958, S. 2; vgl. dazu S. 11 und 17)

Gustav Heinemann: 23. Januar 1958

Was geschah eigentlich am 23. Januar im Bundestag? Wenn ich die nachgerade unwahrscheinliche Fülle meiner Post auf ihren wesentlichen Nenner bringen soll, so ist die Bundestagsdebatte vom 23. Januar für zahllose Hörer wie eine Befreiung aus einem schon bis zur Verzweiflung gediehenen Missbehagen über die Bonner Politik empfunden worden.

Von Mal zu Mal hatten wir seit Jahren hören müssen, dass es noch nie so schlecht um uns, also um Frieden und Wiedervereinigung, bestellt gewesen sei wie eben jetzt. Von Mal zu Mal hatten wir seit Jahren hören müssen, dass kein Lösungsvorschlag geeignet sei, dieser Entwicklung endlich Herr zu werden. Auch am 23. Januar verkündete Dr. Adenauer im Bundestag wiederum, dass unsere Situation seit 1945 noch nie so ernst gewesen sei wie heute. Auch am 23. Januar erklärten Bundeskanzler und Bundesaußenminister wiederum, dass kein Lösungsvorschlag – ob er nun ausgehe von Kennan, Gaitskell, Rapacki oder wem sonst – geeignet sei, in ein Gespräch über das Abstoppen der fortschreitend bedrohlicher werdenden Entwicklung zu kommen. Statt dessen erzählte Dr. Adenauer, er hoffe auf Entwicklungen in der Sowjetunion über 10, 20 oder 30 Jahre, die dann – vielleicht – eine Möglichkeit zu Lösungen bieten könnten; heute aber sei jedenfalls die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs geboten. Und das heißt angesichts aller ausweichenden Antworten auf klare Fragen an die Bundesregierung: Fortsetzung des Rüstungswettlaufs insbesondere auch auf deutschem Boden bis in die Atomwaffen hinein. Franz Josef Strauß tat ein Übriges, indem er in Anspielung auf Albert Schweitzer, die 18 Göttinger

---

und andere Warner von »systematischer Erzeugung einer Atompanik in Deutschland« sprach und dies ungeachtet dessen, dass Dr. Adenauer gerade den besonderen Ernst der gegenwärtigen Lage selbst unterstrichen hatte.

In alle diese Reden schlug Dr. Dehlers Frage hinein: Wollt ihr von der CDU überhaupt etwas anderes als dauernde Spaltung Deutschlands? Wie ein Vulkan brach es aus ihm heraus, dass hier seit Jahr und Tag ein trübes Spiel getrieben werde. In einem Sturzbach von Anklagen überfiel er den Bundeskanzler, dem er jahrelang vertraute, der aber nicht wahrhielt, was er sagte. Die Leser wissen, wie es weiterging. Ich konnte nur auf meine Weise in der Anklage gegen die CDU fortfahren, dass sie im Übermut einer zumal in dieser Zeitschrift und anderwärts so oft und schon so lange gekennzeichneten Politik der eingebildeten Stärke einer Kapitulation der Sowjetunion nachjagte und darüber die Chancen der rechtzeitigen Verständigung verspielte. Der Eklat im Bundestag war da.

Hinzuzufügen ist nur noch, dass nichts, gar nichts, verabredet war. Weder Dr. Dehler noch ich wussten voneinander, was wir sagen würden, und unsere Aufeinanderfolge in der Debatte des späten Abends ergab sich aus dem Verlangen der CDU, über 21 Uhr hinaus bis zum Schluss, wann auch immer, fortzufahren.

Die CDU räumt ein, dass die Debatte mit einem Debakel für sie geendet hat. Nachfolgende Rundfunkreden sowie persönliche Verunglimpfungen und Verdächtigungen sollen es wettmachen. Es lohnt nicht, auf alle die niedrigen Anwürfe und Unterstellungen einzugehen, in denen sich sonderlich der „Rheinische Merkur“ und „Christ und Welt“ so hervorragend einig sind. Uns kann es nur traurig stimmen, wenn die CDU ihre Selbsttäuschungen fortsetzen will.

Aber auch wir, die wir endlich den Weg in die seit Jahren fortschreitend ernster werdende Lage unseres Volkes nicht weitergeführt sehen wollen, dürfen uns nicht täuschen! Die CDU hat die parlamentarische Mehrheit. Ihre Mannschaft wird auf

Vordermann gehalten werden. Sie wird im zweigeteilten Deutschland rüsten wollen bis in die Atomwaffen hinein. Sie wird ihr waghalsiges Verständnis von angeblicher Sicherheit über alles stellen. Sie wird weiterhin, wie Kiesinger es in der Debatte aussprach, den Versuch machen, auf die Sowjetunion einen Druck auszuüben, anstatt etwa auf der Grundlage eines Rapacki-Planes als ersten Schritt eine Entspannung in einem Teilbereich zu suchen.

Nur eines wird nicht mehr möglich sein, und das ist genau das, was so unendlich vielen Zuhörern und Lesern der Debatte im Bundestag wie ein befreiendes Aufatmen widerfuhr: Die CDU wird ihren verhängnisvollen Weg nicht mehr ohne Widerspruch bis in das Fundament hinein gehen können. Ich wiederhole, was ich im Neujahrs-Artikel dieser Zeitschrift schrieb: „Es geht darum, das Verantwortungsbewusstsein zumal der Christen, gleichviel in welchen Parteien, zu schärfen, so dass sie selber aktiv werden und den Zwang des Konformismus zugunsten einer echten Einheitsfront christlicher Verantwortung durchbrechen. Die Logik der Massenvernichtungsmittel darf nicht das letzte Wort behalten.“

Man hat mir übel genommen, dass ich die christliche Partei im Bundestag auf ihr christliches Selbstverständnis ansprach. Nichts ist seltsamer als das. Warum nennt man sich eigentlich »christliche« Partei, und warum macht man mit christlichen Wahlparolen oder Oberkirchenräten so viel Parade, wenn man sich nicht fragen lassen will, was kirchliche Aussagen zur Unvertretbarkeit der Massenvernichtungsmittel bedeuten?

Auf alle Entrüstung über meine Frage, was die CDU im Hinblick auf Massenvernichtungsmittel unter christlicher Verantwortung verstehe, kann ich dieser Partei nur empfehlen, endlich ihren Namen zu ändern. Es ist nichts als eine Verdrehung, wenn CDU-Sprecher sagen, es hätten kirchliche Organe oder Personenkreise kein Recht, den Politikern Weisungen zu geben. Hier geht es darum, dass christliche Politiker nach den in Gottes Ge-

---

bot gesetzten Grenzen ihres Tuns und ihrer damit verbundenen Verantwortung gefragt werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Hier geht es darum, den politischen oder militärischen Aufmarsch gegen den Osten nicht mit christlichen Parolen zu frisieren, weil dadurch die ohnehin bedrängten Christen aller Konfessionen im Ostblock zu fünften Kolonnen des Westens gestempelt und zur Ausrottung angemeldet werden.

(„Stimme der Gemeinde“ 15. Februar 1958; vgl. dazu S. 13 ff.)

Gustav Heinemann: Warum zur SPD?

Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) hat sich aufgelöst und ihren Mitgliedern empfohlen, der SPD beizutreten. Die GVP entstand 1952, um der zweigeteilten Aufrüstung in Deutschland und der Eingliederung unserer Volksteile in entgegen gesetzte Machtblöcke mit Entschiedenheit zu widerstehen. Sie wollte einer

Wiedervereinigung unseres Volkes durch Verständigung nach West und Ost dienen. Zu parlamentarischen Erfolgen ist die GVP nicht gekommen, weil Sperrklauseln des Wahlgesetzes, Behinderung ihrer Propaganda (Rundfunk) und der Ausschluss von steuerfreien Geldspenden ihre Arbeit erschwerten. An der diesjährigen Bundestagswahl würde die GVP sich nicht beteiligt haben.

Dieser Stand der Dinge legte eine Auflösung der Partei um so mehr nahe, als die SPD sich bündig gegen Atomrüstung in Deutschland ausgesprochen hat und aus der Einseitigkeit der bisherigen Bonner Europapolitik einen Ausweg sucht, welcher auch die Wiedervereinigung unseres Volkes wirklich zu fördern geeignet ist. Die Bundestagswahl 1957 muss endlich eine Wende in der Bonner Politik erbringen. Dazu ist ein Zusammenrücken verwandter Kräfte geboten.

Wenn man mich fragt, ob meinem jetzigen Weg zur SPD nicht meine Zugehörigkeit zu leitenden Organen der Evangelischen Kirche entgegenstehe, so antworte ich, dass es nicht angeht, aus der Entfremdung weiter Teile unseres Volkes gegenüber der Botschaft der Kirche eine Anklage gegen die SPD zu machen. Bei dieser Entfremdung haben Ursachen mitgewirkt, welche wahrscheinlich nicht zuletzt in dem politischen Verhalten der Kirche, d. h. in einseitigen Bindungen an konservative Interessen und Gruppen zu suchen sind. An dem geistigen Zerbruch unseres Volkes ist das lange Kapitel »Thron und Altar« unserer Kirchengeschichte erheblich beteiligt. Die CDU hat die unselige Spaltung wieder aufgegriffen, seitdem sie sich als »christliche Einheitsfront« gebärdet und eine Politik entwickelt, deren Bezeichnung als »christlich« einen Missbrauch des Namens darstellt.

Auch große Teile kirchlicher Gemeindeglieder lehnen die Politik der CDU als verhängnisvoll ab. Diesen Gemeindegliedern muss es möglich sein, in der Bundestagswahl 1957 ihre Stimme einer Partei zu geben, welche entschlossen ist, die CDU-Politik abzulösen. Manche von ihnen begegnen der SPD mit Zurückhaltung, weil die SPD, zumal in vergangenen Jahrzehnten, auf die konservative Gebundenheit der Kirche in einer verwirrenden Weise geantwortet hat. Daraus sind Vorbehalte erwachsen, welche die Entscheidung der Wähler gegenüber der Adenauer-Politik unsachlich beeinflussen. Es gilt, diese Belastungen und Vorbehalte von beiden Seiten abzubauen und zu überwinden.

Ein Doppeltes ist dazu erforderlich: Auf der einen Seite darf die Kirche nicht politischer Schleppenträger für einen Teil des Volkes und dessen einseitige Interessen sein. Die Evangelische Kirche ist in Erkenntnis ihrer Fehler bemüht, für alle da zu sein. Sie sollte es aber auch nicht zulassen, dass eine umstrittene Parteipolitik unter christlichem Vorzeichen betrieben wird. Auf der anderen Seite ist es nicht Sache einer politischen Partei, in Ersatzreligion zu machen. Hier kann ebenso ein Keil den andern

treiben, wie auch umgekehrt jede Seite zur Überwindung der alten Gräben beizutragen vermag.

Mit der Auflösung der GVP ist der Übertritt vieler ihrer christlichen Mitglieder zur SPD verbunden. Sie wollen unserem Volk sowohl durch eine andere Deutschland- und Europapolitik zu seiner staatlichen Wiedervereinigung als auch durch Überwindung alter weltanschaulicher Gräben zu einem inneren Zueinanderfinden helfen.

(„SPD-Pressedienst“ 24. Mai 1957; vgl. dazu S. 29 ff. und 34 f.)

Gustav Heinemann: Der programmatische Wandel der SPD

Der Ausgang der Bundestagswahl 1957 hat in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erneut wie schon 1953 eine lebhafte Erörterung ausgelöst. Sie kreist abermals um die Ursachen des Fehlschlages und die Möglichkeiten ihrer Überwindung. Personelle und organisatorische Fragen spielen dabei eine beträchtliche Rolle. Darüber hinaus aber geht es immer wieder auch um das sachliche Verhältnis der SPD zu den Gegebenheiten unserer Tage.

In den Anfängen ihrer nun fast neunzigjährigen Geschichte zielte die SPD in vierfacher Hinsicht auf einen Umsturz damals geltender Ordnungen. In einer Zeit der nationalstaatlichen Blüte und allgemeiner Kolonialpolitik der europäischen Völker predigte sie internationale Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder und Verzicht auf koloniale Herrschaft. Die Monarchie wollte sie durch eine Republik ersetzen. Inmitten der sich durchsetzenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung propagierte sie die Aufhebung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und die Überwindung der privaten Lohnarbeit durch Sozialisierung. Inmitten eines Volkes mit christlicher Überlieferung und christlicher Gestaltung seines öffentlichen Lebens wollte man marxistisch-freidenkerisch sein und die Religion zur Privatsache machen. Alles das - Internationalismus, Republik, Sozialisierung

und Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben - zielte auf Umsturz des Bestehenden.

Es ist hier nicht der Platz, den Verlauf der weiteren Entwicklung, ihre Erfolge und Misserfolge zu schildern. Jedenfalls ist die SPD inzwischen aus ihren revolutionären Ansätzen zu einer Partei der grundsätzlichen Bejahung des Bestehenden geworden. Der so genannte Revisionismus hat den in ihr vorhanden gewesenen Revolutionarismus überwunden. Seine Etappen sind schnell angedeutet: Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges offenbarte das Einschwenken der SPD auf den nationalen Staat. Der Zusammenbruch der Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges rief die SPD in die Mitverantwortung für die Weimarer Republik. Nur Wirtschaftsordnung und Weltanschauung blieben fortan noch im Bereiche eines spezifischen sozialistischen Wollens, bis die SPD sich, verstärkt im Laufe der letzten Jahre, auch hierin zur Preisgabe alter Ziele, nämlich der Sozialisierung aller Produktionsmittel und der Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben, fand.

Der letzte Wahlkampf hat erwiesen, dass der SPD diese ihre Wandlung zur grundsätzlichen Anerkennung der Marktwirtschaft privater Unternehmer und der Öffentlichkeitsaufgabe der christlichen Kirchen noch nicht abgenommen wurde. Ihre Vorbehalte gegenüber privaten Monopolen und einer privaten Atomwirtschaft werden ebenso wie ihre Vorbehalte gegenüber einem Missbrauch der Religion zu parteipolitischen Zwecken von ihren Gegnern als Beweis für unveränderte Sozialisierungsabsichten und allgemeine Religionsfeindschaft ausgeschlachtet. Aufgabe der SPD muss es sein, solchen Verzerrungen zu begegnen und ihr wirkliches Wollen bewusst zu machen.

Bezüglich des Verhältnisses der SPD zur Kirche hieß es im Wahlauf Ruf 1957: „Die Sozialdemokratie bekennt sich zu den Werten unseres geistigen, religiösen und kulturellen Erbes ... Die Öffentlichkeitsaufgabe der Kirchen ist zu achten und zu schützen.“ Das Gewicht solcher Aussage wird falsch gemessen,

---

wenn sie mit dem verglichen wird, was die CDU zu proklamieren pflegt. Es kann nur dann richtig gemessen werden, wenn man die heutige Aussage etwa mit dem Erfurter Programm der SPD von 1891 vergleicht, in dem gefordert wurde: „Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.“ Kautsky schrieb damals dazu erläuternd: „Diejenigen, welche die Entwicklungsstufe des religiösen Bewusstseins hinter sich haben, müssen den gleichen Rechtsschutz, dieselbe Sicherheit wie die Gläubigen genießen ... Hinter der spanischen Wand der Staatsreligion versteckt sich der Kampf um Herrschaft und Besitz, die Absicht der wirtschaftlichen Unterdrückung.“ Der tiefe Unterschied zwischen damals und heute dürfte handgreiflich sein.

In diesen Zusammenhängen muss immer wieder daran erinnert werden, dass das Verhältnis von SPD und Kirche nicht zuletzt von der Kirche getrübt und belastet worden ist. Insbesondere die evangelischen Staatskirchen des vergangenen Jahrhunderts haben sich dem Kampf der Sozialisten und Gewerkschafter um staatsbürgerliche Gleichberechtigung (z. B. um Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes) und soziale Besserungen (z. B. die Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken) als einer Auflehnung gegen gottgewollte Ordnungen nicht minder entgegengestellt als das konservative Bürgertum. Der marxistische Atheismus und das Bestreben nach Ausschaltung der Kirche aus dem öffentlichen Leben waren eine politische Antwort auf die Entartung des Christlichen zu einer bürgerlichen Ideologie. Die englische Geschichte zeigt, dass alles auch anders hätte laufen können, wenn sich auch bei uns christliche Führungskräfte der Arbeiterbewegung angenommen hätten. Nur in eben dem Maße, wie die Kirche in Deutschland sich aus konservativer Gebundenheit löst, kann sie erwarten, dass auch die Arbeiterschaft ihr neue Geltung einräumt.

Der programmatische Wandel der SPD bedeutet in keiner Weise, dass sie auf dem Wege wäre, eine Partei mit christlichem Etikett zu werden. Ihre Mitglieder und Wähler sind Christen, Taufscheinchristen und entschiedene Nichtchristen. Ihre Übereinstimmung bezieht sich auf das gemeinsame politische Wollen bei gegenseitiger Achtung der persönlichen Glaubenshaltung oder Weltanschauung einschließlich der Freiheit des Handelns aus christlicher Gewissensbindung. Das ist entscheidend wichtig im Vergleich zur CDU, welche sich »christlich« nennt, sich aber auf ein sehr bestimmtes und zumal auch im christlichen Teil unseres Volkes höchst umstrittenes Verständnis von so genannter christlicher Politik verengt hat, nämlich auf die Bejahung und Verwirklichung der von ihrem Parteiführer in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler vertretenen Politik der Aufrüstung im zweigeteilten Deutschland bis hin zu den Atomwaffen und einer Wiederherstellung aller alten Ordnungen bis hin zu Orden und Ehrenzeichen.

Gegenüber dieser CDU muss es auch für christliche Staatsbürger eine Alternative, d.h. eine andere Partei mit der Möglichkeit zur Betätigung aus christlicher Verantwortung geben. Als diese Partei bietet sich die heutige SPD an, indem sie sich aus ihrem ursprünglichen Kampf gegen die Kirche zu einer Anerkennung der Öffentlichkeitsaufgabe der - freilich auch ihrerseits gewandelten, weil nicht mehr staatsgebundenen und nur reaktionären - Kirche gefunden hat, und indem sie in ihren Reihen christlichen Mitgliedern eine maßgebende Mitgestaltung ermöglicht. Diese Situation bewusst zu machen, gehört zu den notwendigen Aufgaben der SPD.

Sache der christlichen Staatsbürger aber ist es andererseits auch, ihre alten Vorbehalte gegenüber der SPD zu überprüfen. Die Vorstellungen über die heutige SPD sind in vielen Köpfen treuer Gemeindeglieder abständig. Viele von ihnen lassen sich einerseits höchst naiv von dem christlichen Namen der CDU gefangen nehmen, ohne darauf zu achten, was diese Partei tut, und andererseits von dem Gerede über die Funktionäre der SPD

schrecken. Auch zu den letzteren muss einmal ein deutliches Wort gesagt werden. Die SPD ist eine Partei mit rund 600 000 Mitgliedern. Sie überbietet damit weitaus alle anderen Parteien, insbesondere auch die CDU. Ihr werden nicht Millionenspenden von oben hereingeschüttet, sondern sie lebt von dem ständigen, von unten aufkommenden Fluss der Beiträge und einer beharrlichen Kleinarbeit zahlloser einzelner. Ihre Stärke und ihre Unabhängigkeit beruhen auf diesem Zustand, der natürlich und zwangsläufig so genannte Funktionäre erfordert, welche das Getriebe betreuen und in Gang halten. Die SPD würde - wahrscheinlich zur Freude ihrer politischen Gegner - sich selber umbringen, wenn sie an diesem ihrem Zustand grundsätzlich etwas ändern wollte. Wer gäbe ihr dann die Mittel und Möglichkeiten der Betätigung?

Die Sozialdemokratie war ein Aufbruch in unserem Volk gegen Elend und Ungerechtigkeit. Gegen den Widerstand von Staat, Kirche und Gesellschaft brach sie mit dem Opfermut und Einsatz der Namenlosen den Weg zum sozialen Volksstaat. Das hat ihr Gesicht und ihr Gehabe geprägt. Sie steht heute vor der Aufgabe, sich im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie zu einer mehrheitsfähigen breiten Volkspartei zu entwickeln, in der sich traditionelle und neue Gruppen miteinander verbinden. Ein Stück solcher neuen Verbindung ist insbesondere die bei der letzten Wahl in einer für frühere Vorstellungen erstaunlichen Breite vollzogene Überwindung des alten Gegensatzes von Sozialdemokratie und evangelischer Kirche. Sie zu vertiefen und fruchtbar zu machen, ist beiden Seiten aufgetragen.

(„Gesamtdeutsche Rundschau“ 13. Dezember 1957; vgl. dazu S. 37)

Gustav Heinemann: Zum Deutschlandplan der SPD

Der von der SPD präsentierte Deutschlandplan lässt erneut den alten Gegensatz um die Deutschlandpolitik aufbrechen, wie er seit Jahren zwischen Regierung und Opposition besteht. Dieser Gegensatz hebt mit dem Angebot der Bundesregierung zu neuer Aufrüstung im August 1950 an und hat sich seitdem in den ver-

schiedenen Phasen ihrer Deutschlandpolitik immer wieder neu entzündet. Kein Wunder, dass er sich auch in der besonders kritischen Phase abzeichnet, die mit dem sowjetischen Berlin-Vorschlag vom November vorigen Jahres eingeleitet worden ist.

Wenn man diesen ständigen Widerstreit kennzeichnen will, so muss immer wieder daran erinnert werden, von welchen Vorstellungen die Bonner Politik ausging. Die Melodie stimmte John Foster Dulles an, als er 1950, und zwar vor dem Korea-Krieg, schrieb: „Ein wiederbelebtes Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ost-Deutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der CSR, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert. « (Dulles, Krieg oder Frieden, 1950) An diese Politik der Zurückrollung des Kommunismus Anschluss zu gewinnen und sich für sie durch Aufrüstung und kalten Krieg, insbesondere von West-Berlin aus, zur Verfügung zu stellen, wurde Leitgedanke der Bonner Politik. Die Sowjetunion sollte zur Räumung Deutschlands gezwungen werden, um damit Platz für eine Ausdehnung alles dessen zu schaffen, was sich unter Dr. Adenauer in schmählicher Verleugnung des Ahlener Programms von 1947 an wiederbelebter alter Gesellschaftsordnung in Westdeutschland entwickelte. Den Weg dorthin sollte die engste Anlehnung an den „stärksten Bundesgenossen aller Zeiten“, die USA, bahnen.

Diese enge Anlehnung an Amerika wurde als Voraussetzung für ein Auftreten gegenüber dem Osten aus einer »Position der Stärke«, für eine „Befreiung der besetzten deutschen Gebiete“, ja sogar - wie Dr. Adenauer am 1. März 1952 erklärte - für eine „Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa“ propagiert. Deshalb das „Niemals mit Pankow reden!“, sondern „Zuerst freie Wahl in ganz Deutschland!“ Deshalb die Hallstein-Doktrin des Abbruchs der Beziehungen zu jedem Land, das es wagen würde, in Beziehungen zur DDR zu treten usw. Alles das beruhte

auf der Annahme, dass der Westen auf lange Zeit das Monopol oder doch den klaren Vorsprung in den modernen Massenvernichtungsmitteln behalten werde, so dass der Osten sich notgedrungen zu einer Kapitulation bequemen müsse. Deshalb die hochfahrende Zurückweisung des ersten sowjetischen Vorschlages für einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vom März 1952 u. a. durch Dr. Adenauers Äußerung, dass die Sowjetunion noch mehr in die Defensive hineingedrängt werden müsse und dass es einen Wettlauf mit der sowjetrussischen Atomrüstung zu veranstalten gelte. Deshalb das überschwängliche Gerede von einer »Sternstunde der Menschheit«, in der das Schicksal der Welt, der Frieden, die Sicherheit und die Wiederherstellung Deutschlands nach den Vorstellungen der CDU in der Hand der Bonner Regierung liegen werde, als Dr. Adenauer von seinem ersten Besuch bei Eisenhower und Dulles zurückkam.

Immer wieder hat die Opposition diesen Größenwahn zu ernüchtern versucht. Immer wieder hat sie gewarnt, die östliche Position zu unterschätzen. Sie widersprach dem Rüstungswettlauf im gespaltenen Deutschland. Sie widersprach insbesondere der Atombewaffnung der Bundeswehr. Sie verfocht eine Politik der Entspannung auch gegenüber den östlichen Nachbarn. Sie widersprach dem Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien, verlangte vielmehr die Aufnahme von Beziehungen auch zu Polen und der Tschechoslowakei usw.

Die Bundesregierung hat ihren Weg stur fortgesetzt. Keine Warnung der Sowjetunion, dass die völlige Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt die gesamtdeutsche Situation heillos verschlimmern werde, konnte sie zum Einlenken bewegen. (Dr. Adenauer: „Die Sowjets werden verhandeln, nicht trotz, sondern gerade wegen des Zustandekommens der Verträge.“ Bundestag, 15. Dezember 1954.) Es bedurfte erst der sowjetischen Berlin-Note vom November vorigen Jahres und des neuen, wesentlich ungünstigeren Vorschlages für einen Friedensvertrag nunmehr mit zwei deutschen Regierungen vom Ja-

nuar dieses Jahres, um die ganze Verkennung der wahren Machtverhältnisse aufzudecken. Die Sowjetunion sieht ihre Position sowohl militärisch als auch politisch, insbesondere in Asien und Afrika, als so gefestigt an, dass sie an einer Wiederherstellung der Gemeinschaft unseres Volkes anders als über eine Verständigung mit der DDR als gleichberechtigtem Partner nicht mehr interessiert ist. Das ist der Ertrag einer achtjährigen Illusionspolitik des Westens.

Wahrlich nicht aus Vergnügen an dieser Situation, sondern als wohlüberlegten Beitrag zu ihrer Bewältigung hat die SPD in dem am 18. März dieses Jahres beschlossenen Deutschlandplan dargestellt, was sie jetzt zu tun für geboten hält. „Das deutsche Volk steht“ – wie der Plan einleitend sagt – „vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden ... Die zugespitzte West-Ost-Situation lässt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt.“

Eine schritt- und stufenweise Regelung der militärischen und (!) politischen – das ist es, was den Deutschlandplan der SPD kennzeichnet. Die Aufrüstung wird die Wiedervereinigung nicht erzwingen, und die freie gesamtdeutsche Wahl als Sinnbild einer östlichen Kapitulation wird nicht am Anfang stehen - das ist es, was den vollen Gegensatz zur bisherigen CDU-Politik kennzeichnet. Der Plan der SPD spricht – begreiflicherweise lediglich in Grundzügen und vorbehaltlich einer Regelung vieler Einzelheiten – von militärischer Entspannung als Voraussetzung für die Entwicklung eines europäischen Sicherheitssystems sowie von einer in drei Etappen aufzubauenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung der getrennten Teile Deutschlands.

Hinsichtlich der politischen Zusammenführung geht der Plan in erster Stufe von einer Gesamtdeutschen Konferenz aus Be-

auftragten der beiden deutschen Regierungen auf der Grundlage der Parität aus. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass die DDR nicht länger nach dem so oft beliebten, aber auch fast ebenso oft unrealistischen Satz zu behandeln sei, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Die DDR ist eine Realität, und es ist an der Zeit, dass wir alle davon Kenntnis nehmen. Wenn heute zu hören ist, dass die amerikanischen Vorstellungen auf eine Verstärkung bestehender Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone auf rein technischem Gebiet (Verkehr, zivile Rechtshilfe, Handel, Reiseerleichterungen) zielen und überdies »die Bildung eines provisorischen Gremiums aus Vertretern der deutschen Länder vorschlagen«, so kann man nur daran erinnern, dass die SPD einen ähnlichen Schritt bereits vor den letzten Sowjetnoten anregte, als sie das »Amt für innerdeutsche Regelungen« vorschlug, über das die CDU in ebenso törichter Verkennung der Lage herfiel, wie sie seit Jahren in einem Traumland Politik gemacht hat.

Der SPD-Plan fügt hinzu: „Die Gesamtdeutsche Konferenz setzt zur Wahrung der Einheitlichkeit in der Auslegung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein gesamtdeutsches Gericht ein, das in letzter Instanz entscheidet. Seine Mitglieder werden auf die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereidigt.“ Damit nimmt die SPD ernst, was die Sowjetunion in Art. 14 ihres Entwurfes für den Friedensvertrag vom 10. Januar dieses Jahres angeschnitten hat, indem sie forderte, dass beide deutschen Regierungen die allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten »gewährleisten« sollen. Solche Gewährleistung setzt voraus, dass diese Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Teilen Deutschlands einheitlich beschrieben und für beide Teile höchstinstanzlich durch ein konföderiertes Gericht einheitlich judiziert werden. Was hat die CDU hiergegen zu sagen?

In der zweiten Stufe politischer Zusammenführung schlägt die SPD einen Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat vor, der je zur Hälfte aus beiden Teilen Deutschlands zu wählen ist, und

zwar nach den Regeln, zu denen sich die Gesamtdeutsche Konferenz verständigen würde. Dieser Rat würde bestimmte gesamtdeutsche und gesetzgeberische Zuständigkeiten haben. Niemand wird annehmen können, dass die SED dabei die Mehrheit hätte.

In der dritten Stufe soll letzten Endes die qualifizierte Mehrheit aller Wahlberechtigten aus beiden Teilen Deutschlands durch Volksabstimmung insbesondere auch die Wahl zu einer verfassungsgebenden gesamtdeutschen Nationalversammlung regeln und beschließen können. Auch hier nimmt der SPD-Vorschlag östliche Erklärungen beim Wort, dass letztlich das deutsche Volk selber seine Zukunft solle bestimmen können.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenführung geht der SPD-Vorschlag bewusst von gewissen Vorleistungen der Bundesrepublik aus, ehe es zu einem gesamtdeutschen Markt kommen kann.

Wenn Adenauers CDU und Ulbrichts SED den Deutschlandplan der SPD kritisieren, so ist das wahrlich der geringste Beweis für die angebliche Verwerflichkeit des Vorschlages. Die westdeutsche CDU und die ostdeutsche SED haben sich oft genug wechselseitig hochgespielt. Sie werden beide von ihren maximalen Vorstellungen ablassen müssen, wenn das deutsche Volk einen gemeinsamen Weg in die Zukunft finden soll. Deshalb ist es durchaus zu begrüßen, wenn auch Stimmen einer Annäherung an den Deutschlandplan der SPD nicht nur aus Washington, sondern auch aus SED-Zeitungen anklingen. Offenbar gibt es auf beiden Seiten gegensätzliche Strömungen in Bezug auf die Deutschlandpolitik. Der Plan der SPD ist geeignet, die Klärung voranzutreiben und schon dadurch einen positiven Beitrag zu leisten.

(„Stimme der Gemeinde“ 15. April 1959; vgl. dazu S. 44 f.)

## Gustav Heinemann: Parlamentär im Niemandsland

Zwischen der Bundesrepublik und der DDR besteht ein Niemandsland - äußerlich erkennbar an den Sperrstreifen längs der Zonengrenze, die niemand unbefugt betreten darf, und sachlich gekennzeichnet durch mangelnde Regelung von Lebensvorgängen, die über die Zonengrenze hinweggreifen. Zwar gibt es eine Reihe so genannter technischer Kontakte verschiedener westdeutscher Ministerien und Behörden mit der DDR in Bezug auf Interzonenhandel, Personen- und Güterverkehr oder Hilfe in Rechtssachen. Nicht wenige andere Vorgänge aber harren seit Jahren zum Leidwesen der Betroffenen einer Regelung. Ich nenne nur das Problem der Unterhaltszahlungen zwischen getrennten Familiengliedern. Der tiefe politische Gegensatz zwischen den beiden Teilen Deutschlands steht vielen notwendigen Regelungen jedenfalls so lange im Wege, als nicht auch für das öffentliche Interesse eine nicht mehr tragbare Zwangslage entsteht, wie wir es letztlich bei den Kanalgebühren und der Elberegulierung erlebt haben. Erst als diese Zwangslage eintrat, suchte Bonn eine Regelung durch Verhandlung mit der DDR. muss das so sein? Darüber hinaus gibt es das tiefschichtige Gebiet des kalten Krieges, den beide Seiten durch Propaganda und untergründige Beunruhigung gegeneinander führen und als dessen Opfer politische Gefangene hüben und drüben in den Strafanstalten sitzen. Wann endlich wird dieses Kapitel zu einem vernünftigen Ende gebracht?

Der sozialdemokratische Antrag im Bundestag auf Errichtung eines »Amtes für innerdeutsche Regelungen« will den Notständen auf den Leib rücken. Er will die bisher über verschiedene westdeutsche Ministerien und Behörden verstreuten Kontakte koordinieren und es darüber hinaus der »Leitung dieses Amtes ermöglichen, offene Fragen mit Stellen oder Personen auch in der DDR abzuklären und Regelungen vorzubereiten«. Der Vorschlag ist mit Bedacht so angelegt, dass Bundesregierung und Bundestag durch die Bemühungen des „Amtes für innerdeutsche Regelungen“ nicht gebunden würden, sondern die Freiheit der

Entscheidung über jeden Vorschlag behielten. Das Amt könnte nichts an den bestehenden Zuständen ändern, sondern allenfalls herausbringen, worüber und zu welchen Bedingungen weitergreifende Regelungen erreichbar wären. Deshalb ist es abwegig, von einer „Nebenregierung“ zu sprechen, die etwa die Bundesregierung verdrängen würde.

Was die verfassungsmäßigen Bedenken gegen das Amt anbelangt, so sei daran erinnert, dass das Bonner Grundgesetz ein Provisorium ist und deshalb nicht ausschließen darf, alles zu tun, was im gesamtdeutschen Interesse läge. Wenn das Grundgesetz entgegen seinem ursprünglichen Inhalt einer Aufrüstung angepasst werden konnte, die vom gesamtdeutschen Standpunkt aus sehr umstritten ist, so sollte es nötigenfalls auch für Bemühungen um innerdeutsche Regelungen anpassungsfähig sein. Hier kommt es also zunächst einmal auf den guten Willen der CDU an, ohne die ja in diesem Bundestag in keinem Falle etwas zustande zu bringen ist. Im Übrigen hat sich die SPD bekanntlich von vornherein bereit erklärt, über Einzelheiten ihres Vorschlages mit der CDU zu sprechen. Wenn wir mit angelsächsischer Gelockertheit gegenüber besonderen Situationen vorzugehen gewohnt wären, würde der Vorschlag durchaus nicht unsere ganze Schwerfälligkeit bürokratischer Vorstellungen erregen, sondern mit leichter Hand angegangen werden.

Entscheidend bleibt das Anliegen, über das innerdeutsche Niemandsland hinwegzukommen. Die Bundesregierung will aus den genugsam bekannten Gründen nicht mit der Regierung in Ostberlin verhandeln. Auf der anderen Seite sind eigene Bemühungen um gesamtdeutsche Fragen über die Verantwortung der vier Mächte hinaus nachgerade unerlässlich. Das vorgeschlagene Amt würde den vorliegenden Fragen nachgehen können, ohne die Bundesregierung zu repräsentieren, und dabei doch etwas anderes als nur private Gespräche führen. Das Amt würde, wie ich es schon einmal ausgedrückt habe, als ein Parlamentär handeln, der zwischen den Fronten des kalten Krieges eine Regelung sucht, deren Verwirklichung

---

in der Hand der Verantwortlichen bleibt. Der aus der Geschichte des Schießkrieges entnommene Vergleich mit dem „Parlamentär“ hat in einer großen Tageszeitung zu der Bemerkung geführt, es solle das vorgeschlagene Amt anscheinend mit »Parlamentariern« besetzt werden. Das ist ein groteskes Missverständnis. Es spricht vieles dafür, Parlamentarier aus der Besetzung des Amtes auszuschließen, um auch die Fraktionen im Bundestag durch die leitenden Personen des Amtes für innerdeutsche Regelungen genauso wenig zu präjudizieren, wie die Bundesregierung durch sie gebunden sein soll. Im Übrigen wäre auch dieses eine Sache der Verständigung. Wollen wir – wie es im Antrag der SPD heißt: „Unbeschadet aller der Bundesregierung und den vier Mächten obliegenden Verpflichtungen, die Hemmnisse in den Beziehungen der Bevölkerung beider Teile Deutschlands zu beseitigen und die staatliche Einheit wiederherzustellen“ – jetzt diesen Schritt tun? Das ist die Frage, vor der der Bundestag steht. Wenn einmal die Geschichte der letzten Jahre geschrieben wird, wird manches Kapitel in die Feststellung ausklingen, dass zu spät gehandelt wurde. Ich fürchte, dass es auch von unseren innerdeutschen Beziehungen gesagt werden wird. Darum sollte der Vorschlag der SPD ernst genommen werden.

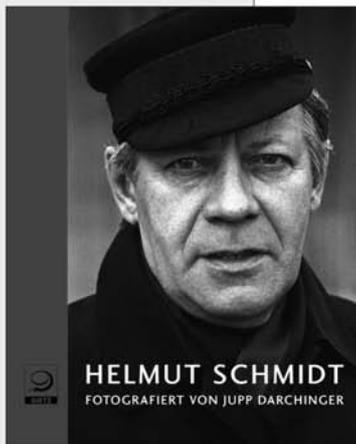
(„Vorwärts“ 24. Oktober 1958; vgl. dazu S. 45 ff.)

## Helmut Schmidt

Fotografiert von Jupp Darchinger

Dieser aufwändig gestaltete Band präsentiert zahlreiche unbekannte Fotografien von Helmut Schmidt, insgesamt über 400, von denen viele zu »Ikonen« wurden. Aufgenommen hat sie Jupp Darchinger – *der Fotochronist der Bonner Republik*. Für Helmut Schmidt ist Darchinger »einfach der Beste«. Die eindrucksvollen Schwarz-Weiß-Aufnahmen sind Meisterwerke der politischen Fotografie, insbesondere der Porträtkunst, und einzigartige zeitgeschichtliche Dokumente.

Der Band folgt Helmut Schmidts politischem Aufstieg, der mehr war als nur eine Karriere: SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, mehrfach Bundesminister in zentralen Ressorts, Bundeskanzler und schließlich *elder statesman*. Die kurzen Einleitungen zu den einzelnen Kapiteln und die Bildunterschriften stehen in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache.



### Helmut Schmidt

Fotografiert von Jupp Darchinger

Hg. von Dieter Dowe  
und Michael Schneider

ca. 300 S.  
Hardcover mit Schutzumschlag  
ca. 29,90 Euro  
ISBN 978-3-8012-0389-4

[www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)



Verlag J. H. W. Dietz Nachf. – Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn  
Tel. 0228/23 80 83 – Fax 0228/23 41 04 – E-Mail: [info@dietz-verlag.de](mailto:info@dietz-verlag.de)